



Geschäftsverteilungsplan

BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Leitungseinheit Planung

Arbeitsgebiet

Ministerbüro (MinB)

- Politische Grundsatzfragen,
- Politische und konzeptionelle Beratung des Ministers,
- Koordinierung der politisch-strategischen Planungen,
- Vorbereitung und Koordinierung der politischen Initiativen und Projekte,
- Analysen und Bewertung zur politischen Lage, Begleitung aktueller Debatten
- Politische Kontakte
- Koordinierung und politisch-fachliche Bewertung der Ministervorlagen,
- Koordinierung der politisch-fachlichen Aufträge und Vorgaben an die Fachabteilungen,
- Bearbeitung und Koordinierung der Korrespondenz der Ministerin, insbesondere nach der Hausverfügung 4.2.5,
- Planung der Sitzungs-, Besprechungs- und Reisetermine der Ministerin,
- Koordinierung der fachlichen Vorbereitung der Termine,
- Unterstützung der Fachreferate bei der Vorbereitung der Termine,
- Begleitung zu den Terminen und Nachbereitung

Leitungseinheit Planung

Arbeitsgebiet

Kabinett- und Parlamentsangelegenheiten*), Grundsatzfragen des Gesetzgebungsprogramms, Planung und Koordinierung (KabRef)

Politische Planung, insbesondere

- Koordination der gesetzgeberischen Initiativen und parlamentarischen Berichtspflichten des BMJV,
- Zeitplanerstellung für Gesetzgebungsvorhaben des BMJV in Abstimmung mit den Fachreferaten und der Hausleitung,
- Pflege der Vorhabendatenbank (Planungsbeauftragte(r) für Grundsatzfragen des Gesetzgebungsprogramms, Ressortkoordination für Grundsatzfragen des Gesetzgebungsprogramms).
- Fachadministration für das Planungs- und Kabinettsmanagement-Programm (PKP)

Kabinettangelegenheiten, insbesondere

- Vor- und Nachbereitung der Sitzungen der beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre,
- Vor- und Nachbereitung der Kabinettsitzungen,
- Unterstützung der Fachreferate beim Erstellen von Kabinettvorlagen

Bundestag, insbesondere

- Vorbereitung der regelmäßigen rechtspolitischen Koordinierungsgespräche der Hausleitung,
- Vor- und Nachbereitung der Plenarsitzungen des Bundestages und der Sitzungen der AG-Recht einschließlich der Begleitung der Mitglieder der Hausleitung,
- Begleitung der Mitglieder der Hausleitung zu Koalitions- und Berichterstattergesprächen,
- Abstimmung von Formulierungshilfen für Vorhaben des BMJV,
- Parlamentarisches Fragewesen (Koordinierung von Großen und Kleinen Anfragen, Schriftlichen und Mündlichen Fragen/ Fragestunde),
- Beantwortung von sonstigen Anfragen aus dem parlamentarischen Raum (soweit nicht in den PSt-Büros),
- Verbindung zum Bundestag und zu den Bundestagsfraktionen

Bundesrat, insbesondere

- Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Rechtsausschusses des Bundesrates,
- Vor- und Nachbereitung der Plenarsitzungen des Bundesrates einschließlich der Begleitung der Mitglieder der Hausleitung,
- Verbindung zum Bundesrat und zu den Vertretern der Länder beim Bund
- *) Die Hausverfügung 5.1.1 bleibt unberührt.

Sonstige Koordinierungsaufgaben, insbesondere

- Unterstützung der Fachreferate im Verkündungsverfahren,
- Auswertung und Sammlung der Drucksachen, Tagesordnungen und Sitzungsberichte des Bundestages, des Bundestagsrechtsausschusses und des Bundesrates für die Hausleitung,
- Unterstützung der Fachreferate bei der Vor- und Nach-
- bereitung der Sitzungen des Vermittlungsausschusses, Vorbereitung gemeinsamer Sitzungen mit den Regierungen anderer Staaten sowie der Länder

Leitungseinheit Planung *)

Arbeitsgebiet

Internationale rechtliche Zusammenarbeit; Protokoll (INT-KOR)

- Strategische Planung auf internationaler Ebene,
- Pflege der internationalen Beziehungen auf dem Gebiet des Rechts und Förderung der Beziehungen zu ausländischen Ministerien,
- Koordinierung der politischen Planungen im Bereich "Internationale Rechtsberatung", "Bündnis für das deutsche Recht",
- Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Rechtsstaatsdialoge mit China, Vietnam und anderen Ländern,
- Wahrnehmung der Aufgaben der rechtlichen Zusammenarbeit mit Beitrittsstaaten sowie den Beitrittskandidaten der EU (einschließlich Türkei),
- Durchführung von Beratungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Rechts zur Unterstützung der Staaten des Europarates (einschließlich der Russischen Föderation), der Balkanstaaten (z. B. Serbien), der übrigen Nachbarstaaten der EU (Weißrussland, Ukraine) sowie der Staaten der sogenannten östlichen Partnerschaft (Aserbaidschan, Georgien, Armenien, Moldau).
- Betreuung von ausländischen Besuchergruppen aus den Partnerländern,
- Aufgaben des BMJV nach der Satzung der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ),
- in der Zuständigkeit des BMJV wahrzunehmende Organisationsaufgaben des Instituts für Ostrecht München e.V.,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 01 Tit. 271 01, 532 07,
- *) unmittelbar unterstellt: Sonderauftrag "Pflege der deutsch-japanischen Rechtsbeziehungen"

Protokoll

- Repräsentationsangelegenheiten der Hausleitung,
- Verwaltung des Repräsentationsfonds,
- Vorbereitung von Besuchen der Hausleitung im Ausland und von Besuchen ausländischer Gäste der Hausleitung (soweit nicht in den Referaten EU-Koordination und INT-KOR),
- Betreuung in- und ausländischer Gäste der Hausleitung,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 01 Tit. 529 01, 539 99, 545 01, Kap. 60 02 Tit. 529 03

Arbeitsgebiet

Presse

- · Konzeption und Planung der Pressearbeit, insbesondere
 - Themen- und Schwerpunktsetzung der Außenkommunikation des BMJV,
 - Beobachtung und Analyse der politischen Nachrichtenlage,
 - Erstellung und Pflege von Medienverteilern, Pflege von Pressekontakten,
 - Koordinierung der Pressearbeit mit dem Bundespresseamt und mit anderen Ressorts,
 - Koordinierung der Presseberichte des Geschäftsbereichs,
- Externe Kommunikation, insbesondere
 - Grundsätzliche Unterrichtung der Presse über die Arbeit des BMJV,
 - Koordination und Herausgabe von Pressemitteilungen (nach Abstimmung im Haus),
 - Bearbeitung von Presseanfragen,
 - Vorbereitung und Verbreitung von Interviews, O-Tönen, Stellungnahmen, Namensartikeln und Auftritten der Hausleitung,
 - Durchführung von Pressekonferenzen und Informationsveranstaltungen für die Medien,
 - Vertretung des BMJV in der Bundespressekonferenz und bei anderen Presseveranstaltungen,
 - Mitwirkung an der Presse- und Informationsarbeit der Bundesregierung,
 - Begleitung der Hausleitung bei presseöffentlichen Terminen,
- Interne Kommunikation, insbesondere
 - Auswertung der Presse und Zusammenstellung eines Pressespiegels,
 - Beobachtung von Nachrichtentickern und Erstellung von Agenturübersichten,
 - Beratung der Fachreferate bei medienpolitischen Fragen

Arbeitsgebiet

Öffentlichkeitsarbeit; Digitale Kommunikation

- Konzeption, Planung und administrative Betreuung der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere
 - Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen (z. B. Tag der offenen Tür im BMJV und Tag der Deutschen Einheit),
 - Öffentlichkeitswirksame Kampagnen des Hauses in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen, vor allem Zuständigkeit für alle PR-Maßnahmen,
 - Präsentation des Hauses auf Messen und Ausstellungen,
 - Vorbereitung und Betreuung von öffentlichkeitswirksamen Terminen der Hausleitung sowie Begleitung der Hausleitung vor Ort,
 - Verbindung zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (interministerielle Koordinierungsrunden),
 - Verbindung zu Pressestellen von Verbänden, Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen,
 - Beratung der Fachreferate in Fragen der fachbezogenen Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen, Broschüren, Flyer, Modellprojekte, Internet).
 - Gestaltung, Betreuung und Herausgabe der Publikationen und Broschüren des BMJV (Bestand, Archiv, Versand),
 - Inhaltliche und redaktionelle Gestaltung des BMJV-Internetauftritts in Zusammenarbeit mit dem Referat Presse und den Fachreferaten,
 - Erstellung und redaktionelle Betreuung des Social Media-Auftritts des BMJV.
 - Produktion und Herausgabe von Fotos, Videos, Apps des BMJV; Bildarchiv,
 - Entwicklung und Betreuung neuer Dialogformate im Bereich Social Media.
- Corporate-Design-Beauftragte oder -Beauftragter des BMJV,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 11 Tit. 531 02, 542 01, 543 01, 545 01 und Kap. 07 12 Tit. 119 99

Arbeitsgebiet

Bürgerkommunikation

- Sukzessive Übernahme der Beantwortung schriftlicher und telefonischer Bürgeranfragen,
- Betreuung und Empfang von Besucherinnen und Besuchern, Besucherdienst (soweit nicht in Referat INT-KOR),
- Telefonzentrale

[Anmerkung: Das Referat befindet sich im Aufbau; die weiteren Aufgaben werden noch näher beschrieben]

Arbeitsgebiet

Reden; Texte

- Reden,
- Texte (soweit nicht in Referat Öffentlichkeitsarbeit; Digitale Kommunikation

PARLAMENTARISCHER STAATSSEKRETÄR

"Justiz; Rechtspolitik; Verwaltung"

Persönlicher Referent

PARLAMENTARISCHE STAATSSEKRETÄRIN

"Verbraucherschutz und Verbraucherschutzpolitik"

Persönliche Referentin

STAATSSEKRETÄRIN

"Justiz; Rechtspolitik; Verwaltung"

Persönlicher Referent

<u>STAATSSEKRETÄR</u>

"Verbraucherschutz und Verbraucherschutzpolitik"

Persönliche Referentin

Stab EU *) **)

÷

Arbeitsgebiet

Koordinierung der Zusammenarbeit in der EU für den Bereich des BMJV (EU-KOR)

- Unterstützung der oder des Europabeauftragten,
- Koordinierung der T\u00e4tigkeit des BMJV in der EU, insbesondere der justiziellen Zusammenarbeit und Vor- und Nachbereitung der entsprechenden Ratsgremien und Ratstagungen:
 - Sachgebiet 1

Themen der Abteilung I und der Unterabteilung R A,

- Sachgebiet 2

Themen der Abteilung II und der Unterabteilung R B,

- Sachgebiet 3

Themen der Abteilung III,

- Sachgebiet 4

Themen der Abteilungen IV und Z,

- Berichterstattung gegenüber Bundestag, Bundesrat und Justizministerkonferenz (soweit nicht in anderen Referaten),
- Europarechtliche Angelegenheiten der AG Europa des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz, soweit nicht in Fachreferaten,
- Berichte über Tätigkeiten in EU-Angelegenheiten,
- Außenbeziehungen der EU,
- Bilaterale Kontakte mit anderen EU-Mitgliedsstaaten auf Leitungsebene,
- Bilaterale Kontakte mit den EU-Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Generalsekretariat des Rats),
- Netzwerk für die legislative Zusammenarbeit der Justizministerien der EU-Mitgliedstaaten (RCLUE),
- Aufgaben des BMJV im Rahmen der EU-Finanzierungsprogramme Justiz und Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft,
- Unterstützung der Referate IV C 3 und IV C 4 bei ihren Aufgaben zum Abschluss "gemischter" völkerrechtlicher Verträge.
- Deutsch-französische Zusammenarbeit (bilaterale Kontakte auf Leitungsebene und koordinierende Arbeiten im Rahmen des Deutsch-Französischen Arbeitsprogramms),
- Ansprechpartner des Referats Rechts- und Verbraucherpolitik der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union (soweit nicht fachliche Abstimmung einzelner Dossiers)

Französischer Verbindungsrichterin

- Unterstützung des zwischenstaatlichen Rechtshilfeverkehrs, insbesondere in Strafsachen, mit Frankreich,
- Förderung der fachlichen Zusammenarbeit mit Frankreich auf anderen Gebieten, insbesondere in EU-Angelegenheiten,
- Unterstützung bei der Vorbereitung bilateraler und multilateraler Treffen

Deutsche Verbindungsbeamtin im französischen Justizministerium

Beratung und Hilfestellung in den Bereichen

- strafrechtlicher Auslieferungs- und Rechtshilfeverkehr,
- rechtliche Zusammenarbeit in Zivilsachen (Zustellersuchen usw.),
- Förderung der fachlichen Zusammenarbeit mit Frankreich auf anderen Gebieten, insbesondere in EU-Angelegenheiten,
- binationale Sorgerechtskonflikte,
- sonstige Fragen des französischen Rechts oder mit Bezug zum französischen Justizministerium,
- bilaterale Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, Hospitationen von Richtern und Staatsanwälten,
- Unterstützung bei der Vorbereitung bilateraler und multilateraler Treffen

Stab EU *)

Arbeitsgebiet

Grundsatzangelegenheiten und strategische Planung auf europäischer Ebene (EU-STRAT)

- Grundsatzfragen der EU und strategische Planung, insbesondere
 - grundsätzliche und strategische Ausrichtung der EU-Justizpolitik,
 - Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion,
 - neue EU-Institutionen,
 - Erweiterung der EU,
 - Fragen der europäischen Zusammenarbeit,
 - Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

^{*)} Europabeauftragte und Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit

Abteilung Z

Justizverwaltung

Leitung:

(unmittelbar zugeordnet: Gleichstellungsbeauftragte im BMJV)

Vertretung:

jeweils die Unterabteilungsleitung für ihren Zuständigkeitsbereich

Vorzimmer:

Unterabteilung Z A

<u>Referate:</u> Z A 1, Z A 2, Z A 3, Z A 4, Z A 5, Z A 6, Z A 7

Leitung:

(unmittelbar unterstellt:Sachgebiet Zeiterfassung)

Vorzimmer:

Unterabteilung Z B

<u>Referate:</u> Z B 1, Z B 2, Z B 3, Z B 4, Z B 5, Z B 6, Z B 7, GSt IT-B

<u>Leitung:</u> *

*)
- zugl.: Ressortbeauftragter für IT, Gesamtprojektleiter "Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs bei Gerichten im Geschäftsbe-

reich des BMJV" -

(unmittelbar unterstellt:

Sonderauftrag "Koordinierung und Fachaufsicht bei Zuwendungen

im Bereich Verbraucherschutz")

Vorzimmer:

*) In der Funktion des Ressortbeauftragten für IT Frau Stn unmittelbar unterstellt

09/17

Personal (Höherer Dienst)

- Personalangelegenheiten
- der Bediensteten des höheren Dienstes im BMJV einschließlich vergleichbarer Tarifbeschäftigter (soweit nicht in Referat Z B 7),
- der Richterinnen und Richter sowie der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes sowie vergleichbarer Tarifbschäftigter im Geschäftsbereich des BMJV (soweit nicht delegiert).
- · Grundsatzfragen des Personalwesens,
- Anwendung des Bundesgleichstellungsgesetzes,
- Bildung der Einigungsstelle gemäß § 71 BPersVG,
- Vorbereitung der Wahl der Richterinnen und Richter
- des Bundesverfassungsgerichts,
- des Bundesgerichtshofs,
- des Bundesverwaltungsgerichts,
- des Bundesfinanzhofs,
- Rechtliche Grundsatzfragen des öffentlichen Dienstrechts und des Personalvertretungsrechts,
- Bewilligung mobiler Arbeit nach § 4 Absatz 1 DV Mobile Arbeit für den höheren Dienst,
- Mitwirkung bei der Benennung von Mitgliedern des Bundespersonalausschusses in Richterangelegenheiten,
- Angelegenheiten von Bediensteten des BMJV bei zwischenund überstaatlichen Einrichtungen (mit Ausnahme des Europäischen Patentamts; insoweit in Referat Z A 6),
- Mitwirkung bei der Benennung von Richtern und Generalanwälten des Gerichtshofs der Europäischen Union sowie von Mitgliedern des Gerichts der Europäischen Union,
- Fortbildung des höheren Dienstes,
- Audit berufundfamilie.
- · Sprachbeihilfen,
- Überwachung und Steuerung des Personalhaushalts im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 12 Tit. 421 01, 422 01, 422 02, 427 09, 428 01 und 453 01 sowie Mitwirkung bei der Haushaltsaufstellung bei Kap. 07 11 Tit. 634 03 (BMJV-Anteil),
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 12 Tit. 525 01,
- Elektronisches Personal-, Organisations- und Stellenverwaltungssystem (EPOS),
- Datenbankadministration,
- · Personalregistratur,
- Fachaufsicht über die Gerichte und Behörden im Geschäftsbereich des BMJV im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Organisation

- Organisationsangelegenheiten des BMJV sowie der Gerichte und Behörden im Geschäftsbereich (soweit nicht in Referat Z A 6),
- Organisationsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin,
- Fragen der organisatorischen Umsetzung der Empfehlungen der Unabhängigen Föderalismuskommission zur Verlegung von Bundeseinrichtungen in die neuen Länder,
- Fachaufsicht in Angelegenheiten des Inneren Dienstes über die Gerichte und Behörden im Geschäftsbereich des BMJV (soweit nicht in Referat Z A 6),
- Mitwirkung in Organisations- und Verwaltungsangelegenheiten des Bundesarbeitsgerichts gemäß §§ 40, 41 des Arbeitsgerichtsgesetzes,
- Telearbeit (soweit nicht in Referat Z A 6),
- Mobile Arbeit (soweit nicht in den Referaten Z A 1, Z A 3 und Z A 6),
- · Allgemeine Justizverwaltungsangelegenheiten,
- Arbeitszeitregelung (soweit nicht in Referat Z A 6),
- Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien,
- Hausverfügungen,
- Ausschuss für Organisationsfragen (§ 20 GGO),
- Durchführung des Datenschutzes im BMJV und im nachgeordneten Bereich (soweit nicht in Referat Z A 6),
- Vorschlagswesen,
- · Rationalisierung,
- Korruptionsprävention und Sponsoring im BMJV und im nachgeordneten Bereich,

Personal (außer höherer Dienst)

Arbeitsgebiet

- Personalangelegenheiten der Beschäftigten des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes (Beamten- und Tarifbereich), der Auszubildenden sowie der Praktikantinnen und Praktikanten im BMJV und seinem Geschäftsbereich (soweit nicht delegiert oder in Referat Z B 7),
- Ausbildungsangelegenheiten im BMJV und im Geschäftsbereich,
- Personalentwicklung.
- Aushilfskräfte des BMJV (soweit nicht in Referat Z A 1),
- Tarifvertragsrecht des Öffentlichen Dienstes,
- Leistungsbewertung nach dem LeistungsTV-Bund,
- Bewilligung von mobiler Arbeit nach § 4 Absatz 1 DV Mobile Arbeit (soweit nicht in Referat Z A 1),
- Gesundheitsmanagement (ohne Arbeitsschutz), insbesondere Gesundheitsförderung,
- Fortbildung der Angehörigen des nichthöheren Dienstes,
- Schwerbehindertenangelegenheiten,
- Elektronisches Personal-, Organisations- und Stellenverwaltungssystem (EPOS),
- Stellenbewirtschaftung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Überwachung und Steuerung des Personalhaushalts im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 12 Tit. 421 01, 422 01, 422 02, 427 09, 428 01 und 453 01 sowie Mitwirkung bei der Haushaltsaufstellung bei Kap. 07 11 Tit. 634 03 (BMJV-Anteil),
- Fachaufsicht über die Gerichte und Behörden im Geschäftsbereich des BMJV im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Sachgebiet Zeiterfassung *)

- · Fachadministration Zeiterfassungssystem,
- Kontrolle und Korrektur der Zeitbuchungen,
- Berechnung und Erfassung von Arbeitszeitmodellen.
- Verwaltung der Zeiterfassungskarten

Sprachendienst

Arbeitsgebiet

Sprachendienst

- Steuerung und Durchführung von Übersetzungs- und Dolmetschaufträgen,
- Übersetzen/Überprüfen in folgenden Sprachen:
 - Englisch,
 - Französisch,
 - Italienisch,
 - Russisch,
 - Spanisch,
 - Ungarisch,
- Dolmetschen in folgenden Sprachen:
 - Englisch (konsekutiv und simultan),
 - Russisch (konsekutiv und simultan),
- · Vergabe von Übersetzungs- und Dolmetschaufträgen,
- · fremdsprachliche Assistenz und Textbearbeitung,
- interministerielle Zusammenarbeit und Amtshilfe,
- Sprachprüfungen im Rahmen von Vorstellungsgesprächen,
- Pflege der Terminologiedatenbank des Sprachendienstes im BMJV und Teilnahme am interministeriellen Terminologieverbund,
- elektronische Auftragsverwaltung,
- Fachaufsicht über den Sprachendienst im Geschäftsbereich

Bibliothek

- Bibliothek,
- Erwerbung, Erschließung und Bereitstellung der für die Arbeit des Hauses relevanten Fachliteratur, auch in digitaler Form.
- Zeitschriftenstelle und Zeitungsstelle,
- Drucksachenstelle,
- Ablieferung von Pflichtstücken und Druckschriftentausch,
- Fragen der Zusammenarbeit der Bibliotheken im Geschäftsbereich der Bundesjustizverwaltung (einschließlich Fachaufsicht),
- Bewilligung von Freiexemplaren des Bundesgesetzblattes
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 01 Tit. 542 01, Kap. 07 12 Tit. 511 01

<u>Verwaltungsangelegenheiten des DPMA, BPatG und EPA;</u> internationales Personal

- Fachaufsicht über das DPMA und das BPatG in Organisationsangelegenheiten und Angelegenheiten des Inneren Dienstes,
- Arbeitszeitregelung im DPMA und BPatG,
- · Durchführung des Datenschutzes im DPMA und BPatG,
- Telearbeit und mobile Arbeit im DPMA und BPatG,
- Geschäftsübersichten DPMA und BPatG (Zusammenarbeit mit dem BfJ),
- Personalkonzeption f
 ür das Technische Informationszentrum Berlin einschl. Umsetzung,
- Patentinformationspolitik (einschließlich EPO),
- Vorbereitung der Tagungen des Verwaltungsrats der EPO,
- Organisations-, Haushalts- und Finanzangelegenheiten der Europäischen Patentorganisation,
- Mitwirkung in der PG "EU-Patent- und Einheitliches Patentgericht",
- Personalangelegenheiten des Europäischen Patentamts (EPA) sowie seiner Beschwerdekammern (Stellenausschreibungen und -besetzungen),
- Angelegenheiten des deutschen Personals bei anderen zwischen- und überstaatlichen Einrichtungen (soweit nicht in Referat Z A 1).
- Mitwirkung bei der Benennung von deutschen Mitgliedern in internationalen Gremien (z. B. beratende Ausschüsse, Beiräte),
- Angelegenheiten des deutschen Personals in der Berufungskammer der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt und im Berufungsausschuss der Moselkommission

"E-Akte; Verwaltungsmodernisierung"

- Einführung der E-Akte im BMJV, insbesondere
 - fachliche Konzeptionierung,
 - Wirtschaftlichkeitsbetrachtung,
 - organisatorische und technische Vorbereitungen,
 - Beschaffung und Anpassung des E-Akte-Systems,
 - Pilotierung und Einführung (einschließlich organisatorischer Anpassungen),
- UAG E-Akte des Programms Digitale Verwaltung 2020,
- UAG E-Akte/DMS der AG IT-Konsolidierung des IT-Rats,
- · Beschäftigtenbefragungen,
- Evaluierung der organisatorischen und personellen Strukturen und Abläufe des Hauses, Entwicklung, Erprobung und Einführung neuer Formen auf der Grundlage der Ergebnisse der Beschäftigtenbefragungen,
- · Organisationsentwicklung,
- · Optimierung von Geschäftsprozessen,
- · Organisationsuntersuchungen,
- · Organisations- und Geschäftsprüfungen,
- · Personalbedarfsermittlung, Kräftebemessung,
- Arbeitsplatzbewertungen, Dienstpostenbewertungen,
- Dienstpostenverwaltung,
- Durchführung des Datenschutzes im BMJV,
- Zentrale Redaktion des Infosystems des BMJV

Haushalt

- Beauftragter f
 ür den Haushalt,
- · Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen,
- Haushalts- und Finanzplanung für den Einzelplan 07,
- Rechnungslegung f
 ür den Einzelplan 07,
- Haushaltsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Internationalen Seegerichtshof,
- Prüfung der Betätigung des Bundes als Gesellschafter,
- Zuwendungen an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung, ausgenommen Projektförderungen (u. a. Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. und Institut für Ostrecht München e. V., Deutsches Institut für Menschenrechte),
- Fachaufsicht über das BVA in Angelegenheiten der Verwendungsnachweisprüfung (Kap. 07 10 außer Tit. 685 01),
- Beiträge an internationale Organisationen des Rechtswesens.
- Finanzkontrolle über die Bundesrechtsanwaltskammer, die Bundesnotarkammer, die Rechtsanwaltskammer bei dem Bundesgerichtshof und die Patentanwaltskammer,
- Mitwirkung in Haushaltsangelegenheiten des Bundesarbeitsgerichts gemäß § 40 des Arbeitsgerichtsgesetzes,
- Bauangelegenheiten (Grundsatzfragen und Angelegenheiten der nachgeordneten Behörden),
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bei Kap. 07 11 Tit. 282 09, 452 02, 531 02, 547 09, 634 03, 688 06, 972 01, 981 01; Kap. 07 12 Tit. 112 01, 119 01, 121 03, 525 01, 532 03, 532 04 und Kap. 07 10 alle Titel außer 685 01,
- Wiedergutmachungsangelegenheiten,
- Koordinierung der Angelegenheiten des Bundesrechnungshofs
- Ressortkoordination "Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes (MHR)"

Justiziariat; Verkündungswesen

- · Justiziariat,
- Fiskussachen,
- Grundsatzfragen des Verkündungs- und Bekanntmachungswesens,
- Aufgaben des Bundes als Herausgeber des Bundesgesetzblattes einschließlich Bundesgesetzblatt-Vertrag,
- Amtlicher Teil des Bundesanzeigers,
- Grundsatzfragen der automatisierten Normendokumentation,
- · Widerpruchs- und Klageverfahren nach IFG,
- Sammlung der Verwaltungsvorschriften des BMJV (für die Datenbank "VwV Bund"),
- Projekt "Elektronische Arbeitshilfen und Verkündung" (eNorm),
- Zentrale Vergabeprüfstelle,
- Beratung bei Vergaben im BMJV, insbesondere bei Forschungsvorhaben,
- Freigabe von Schriftgut zur Verwendung durch Dritte (§ 39 GGO),
- Gnadenangelegenheiten beamtenrechtlicher Art,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

- Planung, Einführung und Betrieb der Informationstechnik (IT) im BMJV,
- · Organisatorische Grundsatzfragen der IT im BMJV,
- IT-Sicherheit im BMJV und im Geschäftsbereich,
- Beschaffung von IT-Systemkomponenten und -Dienstleistungen,
- IT-Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen,
- Softwarelizenzmanagement und Vertragsmanagement im IT-Bereich,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 12 Tit. 511 01, 525 01, 532 01, 539 99 und 812 02,
- IT-Schulungs- und Fortbildungswesen,
- IT-Anwenderbetreuung,
- Einrichten und Verwalten von Benutzerkennungen und -berechtigungen,
- Arbeitsschutz im Bereich der IT.
- Intranet des Bundes und Infosystem des BMJV (technische und redaktionelle Betreuung), Internetauftritt des BMJV (technische Betreuung),
- Telekommunikationsangelegenheiten einschließlich Fernseh-, Video- und Veranstaltungstechnik,
- Nutzung von juris-Dienstleistungen im BMJV (technischadministrative Betreuung) sowie bei den obersten Bundesbehörden und den ihnen nachgeordneten Bereichen (soweit nicht in Referat Z B 5),
- Vertretung des BMJV in Projektgruppen der Konferenz der IT-Beauftragten der Ressorts (soweit nicht in Referat Z B 6 oder in der GSt IT-B),
- Europäische und internationale Fragen der Nutzung der Informationstechnik in der Justiz (soweit nicht in den Referaten Z B 5 oder Z B 6),
- IT-Konsolidierung des Bundes (soweit nicht in Referat Z A 7 oder in der GSt IT-B).
- Unterstützung von Referat Z B 6 bei der technischen Betreuung der "Elektronischen Arbeitshilfen der Gesetzgebung und Verkündung" (eNorm),
- Unterstützung des Ressortbeauftragten für IT im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Innerer Dienst

- Arbeitseinsatz im Inneren Dienst.
- Posteingangs- und Postausgangsstelle,
- · Hauptbüro,
- · Geldstelle.
- Boten- und Pförtnerdienst,
- Absendestelle, Faxstelle/elektronische Poststelle, zentrale Vervielfältigungsstelle,
- Fahrbereitschaft, Dienstkraftfahrzeugwesen,
- Hausverwaltung,
- · Bauangelegenheiten des BMJV,
- · Haustechnik,
- · Beschaffungswesen,
- Anschaffung und Verwaltung von Kunstgegenständen,
- · Kantinenwesen,
- Schriftgutverwaltung,
- · Schriftgutherstellung,
- Objektschutz des BMJV,
- Röntgenkontrolle eingehender Sendungen,
- Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes,
- Durchführung des Arbeitsschutzgesetzes (soweit nicht in Referat Z B 3),
- Augenvorsorgeuntersuchungen,
- Bildschirmarbeitsbrillen,
- Unfallverhütung und Erste Hilfe,
- · Vermögensrechnung des Bundes,
- Nutzungsentgelt für Inanspruchnahme von Einrichtungen und Materialien,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 12 Tit. 111 01, 119 99, 124 01, 443 02, 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 519 01, 525 01, 531 02, 532 01, 539 99, 711 01, 712 01, 811 01, 812 01,
- Wohnungsfürsorge Berlin (in Abstimmung mit den Referaten Z A 1, Z A 3 und Z B 7),
- Jobticket,
- Ausstellung von Dienst-, Haus-, Bibliotheks- und Kantinenausweisen.
- · Fundsachen,
- Fachaufsicht über das BfJ bei der Wahrnehmung von Aufgaben des Inneren Dienstes für die Dienststelle Bonn des BMJV, der "Billigkeitszuwendungen bei Sachschäden und Kostenansatz" und der "Anweisung von Gerichts- und ähnlichen Gebühren"

Arbeitsgebiet
Registratur
Kanzlei
Faxstelle/elektronische Poststelle
Telefonzentrale
Zentrale Vervielfältigungsstelle
Absendestelle
Botendienst
Kraftfahrer/in
Pförtnerdienst
Haushandwerker
Materialausgabe

Rechtsinformation; Bürokratieabbau

- Elektronische Rechtsinformationspolitik,
- Aufgaben des Bundes als Gesellschafter und Vertragspartner der juris GmbH,
- Aufgaben des Bundes als Vertragspartner der Bundesanzeiger Verlag GmbH und als Herausgeber des Bundesanzeigers (soweit nicht in Z B 2),
- Beirat juris,
- Ratsarbeitsgruppe "Rechtsinformatik" der EU (soweit nicht in Referat Z B 3),
- "Gesetze im Internet",
- "Rechtsprechung im Internet",
- · Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Informationstechnik im Geschäftsbereich

- Grundsatzfragen des IT-Einsatzes im Geschäftsbereich des BMJV,
- Planung und Anwendung der IT im Geschäftsbereich des BMJV,
- Fachaufsicht über den Geschäftsbereich im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Unterstützung der oder des Ressortbeauftragten für IT im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Vertretung des BMJV in Projektgruppen der Konferenz der IT-Beauftragten der Ressorts (soweit nicht in Referat Z B 3 oder in der GSt IT-B),
- IT-Steuerung Bund (soweit nicht in Referat Z B 3),
- Bund-Länder-Kooperation beim Einsatz der Informationstechnik in der Justiz,
- Europäische und internationale Fragen der Nutzung der Informationstechnik in der Justiz mit patenrechtlichem Bezug; Mitwirkung in der PG "EU-Patent und Einheitliches Patentgericht",
- Technische Betreuung und Entwicklung der "Elektronischen Arbeitshilfen der Gesetzgebung und Verkündung" (eNorm)

IFG; Personalleistungen; Reisestelle; Geheimschutz

Arbeitsgebiet

- Durchführung des Informationsfreiheitsgesetzes und des Umweltinformationsgesetzes im BMJV,
- Grundsatzfragen und Einzelangelegenheiten der Besoldung, Vergütung und Versorgung sowie Personalnebenleistungen, soweit nicht externen Dienstleistern übertragen,
- Unterstützung der mitprüfenden Referate des BMJV in diesen Bereichen,
- · Ordensangelegenheiten,
- Personalangelegenheiten der Rechtsreferendarinnen und -referendare sowie der Praktikantinnen und Praktikanten im Bereich des höheren Dienstes,
- Personalangelegenheiten der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte beim BGH,
- Berufung
 - der nichtständigen Beisitzenden beim Dienstgericht des Bundes.
 - der ehrenamtlichen Beisitzenden der Senate für Anwalts-, Patentanwalts-, Notar-, Wirtschaftsprüfer-, Steuerberaterund Steuerbevollmächtigtensachen beim BGH,

Sachgebiet Reisestelle

- · Dienstreiseangelegenheiten,
- Grundsatz- und Einzelfragen des Reisekosten- und Trennungsgeldrechts
- Visa-, Diplomatenpass- und Dienstpassangelegenheiten
- Betreuung des Travel Management Systems des Bundes,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 11 Tit. 526 02, 527 03, 545 01, Kap. 07 12 Tit. 119 99, 453 01, 525 01, 527 01,
- Geheimschutz- und Sicherheitsangelegenheiten ohne Objektschutz BMJV im behördlichen und im betreuten außerbehördlichen Bereich.
- Durchführung des Offenlegungsverfahrens bei VS-Sachen,
- · Geheimschutzbeauftragte,
- VS-Geschäftsstelle,
- Angelegenheiten der administrativen Notstandsplanung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Fachaufsicht über die Gerichte und Behörden im Geschäftsbereich des BMJV im Rahmen der Zuständigkeit des Referates (einschließlich der Aufgaben des BfJ zur Benennung oder Bestellung von Laienrichtern),
- Fachaufsicht über das BVA in den übertragenen Aufgabenbereichen

Veranstaltungsmanagement

- Beratung der Abteilungen bei der fachlich-konzeptionellen Gestaltung von Fachveranstaltungen, -kongressen und -tagungen,
- Organisatorische Vorbereitung und Begleitung von Fachveranstaltungen, -kongressen und -tagungen, insbesondere
 - Organisation der erforderlichen Infrastruktur
 (z. B. Tagungsort, Catering, Veranstaltungstechnik, Dolmetscher),
 - Budgetplanung,
 - Gewährleistung eines einheitlichen Bewirtschaftungsmaßstabs,
 - Ausschreibung und Beauftragung von externen Leistungen im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
 - Beauftragung und Zusammenarbeit mit der BLE auf Grundlage der Dienstleistungsvereinbarung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats (einschließlich Fachaufsicht),
 - Koordinierung mit anderen Servicereferaten der Abteilung Z bzw. mit den Referaten INT-KOR und Öffentlichkeitsarbeit; Digitale Kommunikation,
 - Einladungsmanagement,
 - Repräsentationsangelegenheiten,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 0711 Tit. 545 01 und Tit. 526 02,
 Kap. 0712 Tit. 539 99 und Kap 6002 Tit. 529 03

Geschäftsstelle des Ressortbeauftragten für IT

- Koordinierung der Aufgaben und Unterstützung des Ressortbeauftragten für IT,
- IT-Konsolidierung Bund,
 - Grundsatzfragen,
 - Vertretung des BMJV in Teilprojekten der IT-Konsolidierung (soweit nicht in den Referaten Z A 7 oder Z B 3),
 - Personalvertretungsrechtliche Fragen im Rahmen der IT-Konsolidierung für das BMJV und den Geschäftsbereich,
- · Vorbereitung des IT-Rats,
- Vorbereitung der Konferenzen der Beauftragten für IT der Ressorts sowie Vertretung des BMJV in den entsprechenden Projektgruppen (soweit nicht in den Referaten Z B 3 oder Z B 6),
- Vorbereitung und Koordinierung der Themen des BMJV im E-Justice-Rat,
- Vorbereitung der Sitzungen des Gremiums zur strategisch konzeptionellen Steuerung des ITZBund,
- Angelegenheiten des IT-Planungsrats,
- Regierungsprogramm "Digitale Verwaltung 2020" (soweit nicht in Referat Z A 7),
- Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Open Data Charta,
- Allgemeine IT-spezifische Angelegenheiten (soweit nicht in den Referaten Z B 3 oder Z B 6)

<u>Abteilung R</u>

Rechtspflege

<u>Leitung:</u>	
Vertretung:	jeweils die Unterabteilungsleitung für ihren Zuständigkeitsbereich
Vorzimmer:	
	Unterabteilung R A
Referate:	R A 1, R A 2, R A 3, R A 4, R A 5, R A 6
Leitung:	
Vorzimmer:	
	Unterabteilung R B
Referate:	R B 1, R B 2, R B 3, R B 4, R B 5, R B 6
Leitung:	
Vorzimmer:	
	Sonderauftrag "Rechtsstaatsförderung"
Leitung:	

RFW

Referat:

<u>Mediation; Schlichtung; Internationale Konflikte</u> <u>in Kindschaftssachen</u>

- Grundsatzfragen vor- und außergerichtlicher Konfliktlösungen, insbesondere Fragen der Förderung von Mediationsverfahren,
- Ausbildungs-/Fortbildungsfragen zur Schlichtung und Mediation,
- Recht der Schiedspersonen und Schiedsstellen,
- § 15a EGZPO (landesrechtliche Regelungen für Einigungsversuche vor Gütestellen),
- Außergerichtliche Streitschlichtung im zivilrechtlichen Bereich in Deutschland sowie auf europäischer und internationaler Ebene.
- Europäisches Verbraucherzentrum Deutschland (außergerichtliche Streitschlichtung),
- Mediationsrichtlinie der EU,
- Organisatorische und fachliche Unterstützung der deutschamerikanischen Expertengruppe sowie der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe zur grenzüberschreitenden Mediation in Kindschaftssachen,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Zivilprozess; arbeitsgerichtliches Verfahren

- Zivilprozess (soweit nicht in den Referaten R A 4, R A 5, R A 6 und I A 4),
- Gerichtsverfassung
 - der Zivilgerichtsbarkeit,
 - der Arbeitsgerichtsbarkeit,
- Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG),
- Verfahren der Arbeitsgerichtsbarkeit,
- Gerichtliches Verfahren in Binnenschifffahrtssachen,
- Gerichtsbarkeit über die ausländischen Streitkräfte (soweit nicht in Referat II B 4),
- Mitteilungen in Zivilsachen MiZi)

Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit

- Gerichtsverfassung
 - der Verwaltungs-,
 - der Finanz-,
 - der Sozial-,
 - der Bundesdisziplinar-,
 - der Wehrdienstgerichtsbarkeit,
- Verfahren
 - der Verwaltungs-,
 - der Finanz-,
 - der Sozialgerichtsbarkeit,
- Gesetz zum Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren,
- Internationale Fragen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten,
- Angelegenheiten
 - der Justizministerkonferenz (Organisation, fachliche Koordinierung der Konferenzvor- und -nachbereitung),
 - des Deutschen Juristentages,
 - der Juristenvereinigungen (im nationalen und internationalen Bereich),
- Förderung der Beziehungen zu ausländischen Juristen und juristischen Institutionen im Ausland

Zwangsvollstreckung; Zwangsversteigerung

- Zwangsvollstreckung (einschließlich der Vorschriften zum elektronischen Rechtsverkehr im Rahmen der Zuständigkeit des Referats),
- Zwangsversteigerung,
- Zwangsverwaltung einschließlich Zwangsverwalterverordnung,
- Justizbeitreibungsgesetz, Einforderungs- und Beitreibungsanordnung,
- Gerichtsvollzieherwesen einschließlich Aus- und Fortbildung der Gerichtsvollzieher,
- · Grenzüberschreitende Vollstreckung,
- Formularwesen im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Europäische Kontenpfändung,
- Fachaufsicht über das BfJ in Justizbeitreibungsangelegenheiten (soweit nicht in anderen Referaten)

<u>Familiengerichtliches Verfahren und</u> <u>Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u>

- Familiengerichtliches Verfahren (FamFG),
- Verfahren in Betreuungs-, Nachlass-, Register-, Aufgebotsund Freiheitsentziehungssachen (FamFG),
- Sonstige Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit,
- Beurkundungsrecht,
- Hinterlegungsordnung (bis Dezember 2010),
- Verfahren in Landwirtschaftssachen nach LwVG

Insolvenzrecht

- Insolvenzrecht,
- Anfechtung außerhalb des Insolvenzverfahrens,
- Entschuldungsrecht,
- Recht des vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens,
- Internationales Insolvenzrecht,
- Reorganisationsverfahren für Kreditinstitute,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten

<u>Projektgruppe</u> "Aufarbeitung der NS-Zeit in Justiz und Justizverwaltung"

- Aufarbeitung der NS-Zeit in Justiz und Justizverwaltung (soweit nicht in anderen Referaten),
- Vorbereitung eines Symposiums zum Umgang des BMJV mit der NS-Vergangenheit in den 50er und 60er Jahren,
- Informatorische Beobachtung von Projekten im Geschäftsbereich zur Aufarbeitung der NS-Zeit in der Justiz

Berufsrecht der Rechtsanwälte, Patentanwälte und Notare

- Rechtsanwaltsrecht,
- Notariatsrecht,
- · Patentanwaltsrecht,
- · Recht der Rechtsberatung,
- Beratungshilfe,
- Wirtschaftsprüferrecht,
- Recht der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten,
- Neuregelung des Zugangs zum Insolvenzverwalterberuf,
- Staatsaufsicht über
 - die Bundesrechtsanwaltskammer,
 - die Bundesnotarkammer,
 - die Rechtsanwaltskammer bei dem Bundesgerichtshof (soweit nicht in Referat Z B 1),
- Fachaufsicht über das DPMA im Rahmen seiner Staatsaufsicht über die Patentanwaltskammer,
- Rechtsaufsicht über die Registerbehörde zum Zentralen Testamentsregister

<u>Strafverfahren</u> (Gerichtliches Verfahren)

- Strafverfahren
 - Gerichtliches Verfahren im ersten Rechtszug,
 - Rechtsmittel,
 - Wiederaufnahme des Verfahrens,
 - Besondere Arten des Verfahrens,
 - Kostenregelung in der StPO,
 - Ausschließung und Ablehnung,
 - Entscheidung und ihre Bekanntmachung,
 - Fristen und Wiedereinsetzung,
 - Recht der Verteidigung,
 - Zeugen, Sachverständige, Augenschein,
 - Zeugnisverweigerungsrecht,
 - Strafvollstreckungsrecht,
- Strafverfahrensrechtliche Grundsatzfragen außerhalb von GVG und StPO (in den vorgenannten Bereichen),
- · Reform des Strafverfahrens,
- Strafrechtskommission des Deutschen Richterbundes und der vereinigten Dienstleistungsgesellschaft ver.di,
- Strafrechtsausschüsse der Anwaltschaft,
- Maßnahmen der EU im Rahmen der Zuständigkeit des Referats.
- Elektronische Akte in Strafsachen

<u>Strafverfahren</u> (Ermittlungsverfahren, Zwangsmaßnahmen)

- Strafrechtliches Ermittlungsverfahren, insbesondere
 - offene und verdeckte Ermittlungsmaßnahmen, z. B. Beschlagnahme, Durchsuchung, Telekommunikationsüberwachung, forensische DNA-Analyse, Fahndungsmaßnahmen,
 - Untersuchungshaft und einstweilige Unterbringung (soweit nicht Vollzug betreffend),
 - vorläufige Sicherungsmaßnahmen,
 - Vernehmung des Beschuldigten,
- Öffentliche Klage, insbesondere
 - Legalitätsprinzip,
 - Opportunitätsentscheidungen im Ermittlungsverfahren,
- Strafverfahrensrechtliche Nebengesetze (soweit nicht in den Referaten R B 2 oder R B 4),
- Grundsatzfragen des Verhältnisses zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei,
- · Koordinierung:
 - Strafrechtsausschuss der Justizministerkonferenz,
 - Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV),
- Maßnahmen der EU im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

<u>Internationales Strafverfahrensrecht und Gerichtsverfassung;</u> <u>Opferschutz und Datenschutz im Strafverfahren</u>

- Internationales Strafverfahrensrecht,
- Gerichtsverfassungsrecht (soweit nicht in den Referaten R A 2, R A 3, R A 4, R B 5 oder R B 6),
- Strafverfahrensrechtliche Regelungen über die sachliche Zuständigkeit der Gerichte und den Gerichtsstand,
- Beteiligung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutz),
- Verwendung von Informationen für verfahrensübergreifende Zwecke, Dateiregelungen, staatsanwaltliches Verfahrensregister,
- Fachaufsicht über das Zentrale Staatsanwaltliche Verfahrensregister - ZStV- (soweit nicht in Referat Z B 6),
- Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra),
- Maßnahmen der EU im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Gerichtskosten- und Rechtsanwaltsvergütungsrecht; Justizverwaltungsrecht

- Kostenrecht für alle Zweige der Gerichtsbarkeit mit Ausnahme des Gebührenrechts auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts (Referat III B 4),
- Kostenrecht für die Notare,
- Anwaltliches Vergütungsrecht,
- Justizverwaltungsrecht (gesetzliche Regelungen), soweit nicht in Abteilung III,
- Schriftgutaufbewahrungsgesetz

Richterrecht; Rechtspflegerrecht; Richterbesoldung; Ausbildung

- Richterrecht,
- Rechtspflegerrecht,
- Grundsatzfragen der Justizorganisation,
- Allgemeine Vorschriften über das Präsidium und die Geschäftsverteilung im Gerichtsverfassungsgesetz,
- · Recht der Schöffen,
- Statusrecht der ehrenamtlichen Richter,
- Besoldung der Richter und Staatsanwälte,
- · Juristische Ausbildung,
- Ausschuss der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung,
- Fortbildung der Richter und Staatsanwälte,
- Aus- und Fortbildung der Beamten des einfachen, mittleren und gehobenen Justizdienstes (soweit nicht in anderen Referaten),
- Angelegenheiten der Deutschen Richterakademie,
- Angelegenheiten der Europäischen Rechtsakademie (ERA),
- Europäisches Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN),
- Rechtskundeunterricht in Schulen (soweit BMJV betroffen),
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe "Bündnis für das Deutsche Recht"

Sonderauftrag "Rechtsstaatsförderung"

Arbeitsgebiet

Pakt für den Rechtsstaat; "Forum Recht"; Justiz im Wandel (RFW)

- Konzeption von Maßnahmen und Projekten für das BMJV zur Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat (soweit nicht in anderen Referaten),
- "Gemeinsame Qualitätsoffensive": Konzeption, Steuerung und Koordinierung der Austauschformate, Maßnahmen und Projekte für das BMJV und seinen Geschäftsbereich einschließlich der Bund-Länder-Zusammenarbeit (in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Fachreferaten), schwerpunktmäßig in folgenden (Fortbildungs-)Bereichen:
 - Qualität im familiengerichtlichen Verfahren,
 - Innovationen in der Justiz (z. B. Digitalisierung),
 - Interkulturelle Kompetenz,
- Bund-Länder-Vereinbarung zur Kostenerstattung im Rahmen der Organleihe im Staatsschutzstrafrecht,
- Aufgaben des BMJV beim Aufbau, der Weiterentwicklung und der späteren Beaufsichtigung des "Forum Recht" (soweit nicht in Referat Z B 1),
- · Justiz im Wandel, insbesondere
 - Konsequenzen aus der Aufarbeitung der NS-Zeit in Justiz und Justizverwaltung im BMJV (soweit nicht in den Referaten I B 5, II B 3 und IV B 4) sowie Beratung und Begleitung der Aufarbeitung im Geschäftsbereich, einschließlich Fortführung des Rosenburg-Projekts (soweit nicht in Referat ÖA; Digitale Kommunikation),
 - Beratung und Begleitung bei der Fortbildung im BMJV und bei der juristischen Ausbildung, insbesondere mit Blick auf Lehren aus dem Justizunrecht des 20. Jahrhunderts, im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
 - Fritz-Bauer-Studienpreis für Menschenrechte und juristische Zeitgeschichte,
 - Durchführung interner und externer Veranstaltungen über justizgeschichtlich bedeutsame Personen, Ereignisse und Entwicklungen,
 - Initiative für Forschungsvorhaben zur justiziellen Zeitgeschichte und Bearbeitung zuwendungsrechtlicher Angelegenheiten im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Europäische und internationale Fragen im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Fachaufsicht über die Gerichte und Behörden im Geschäftsbereich des BMJV im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

<u>Abteilung l</u>

Bürgerliches Recht

<u>Leitung:</u>	
<u>Vertretung:</u>	jeweils die Unterabteilungsleitung für ihren Zuständigkeitsbereich
Vorzimmer:	
	Unterabteilung I A
Referate:	I A 1, I A 2, I A 3, I A 4, I A 5, I A 6
<u>Leitung:</u>	(unmittelbar unterstellt: Sonderauftrag "Internationales Zivilverfahrensrecht, europäischer und internationaler Rechtshilfeverkehr sowie Schiedsgerichtsbar- keit"
Vorzimmer:	
	Unterabteilung I B
Referate:	IB1, IB2, IB3, IB4, IB5, IB6, IB7 PG "Automatisiertes Fahren"
Leitung:	
Vorzimmer:	

Familienrecht; Erbrecht

- Familienrecht (soweit nicht in den Referaten I A 2, I A 3, I A 4 oder I A 6) einschließlich

 - Namensrecht (Ehenamen, Kindesnamen), Recht der Eheschließung, Eheaufhebung und Scheidung,
 - eheliches Güterrecht,
 - Recht der eingetragenen Lebenspartnerschaft,
 - Rechtsfragen der nicht eingetragenen Lebensgemeinschaft,
 - Adoptionsrecht,
 - Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht,
- Erbrecht,
- Personenstandsrecht,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten

Kindschaftsrecht

- Kindschaftsrecht (soweit nicht in den Referaten I A 1 oder I A 4):
 - Abstammungsrecht,
 - Sorgerecht,
 - Umgangsrecht,
- Zivilrechtliche Folgen fortpflanzungsmedizinischer Maßnahmen,
- · Beistandschaftsrecht,
- Kinder- und Jugendhilferecht,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten

Versorgungsausgleichsrecht

- Versorgungsausgleichsrecht,
- Gewaltschutzgesetz,
- Gewalischlitzgesetz,
 Aufgaben des BMJV nach der Satzung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld,
 Internationale Fragen im Rahmen der Zuständigkeit des Referats (soweit nicht in Referat I A 4)

Internationales Zivilverfahrensrecht; Unterhaltsrecht; Schiedsgerichtsbarkeit

Arbeitsgebiet

- Unterhaltsrecht,
- Internationale Adoption (soweit nicht in den Referaten R A 5, I A 1 und I A 5), insbesondere
 - Haager Adoptionsübereinkommen,
 - Internationale Adoptionsvermittlung im AdVermiG,
 - Adoptionswirkungsgesetz,
- Internationales und europäisches Zivilverfahrensrecht mit Bezügen zum Familienrecht (soweit nicht in Referat I A 5); Bearbeitung dieser Sachgebiete im Rahmen internationaler Organisationen, insbesondere
 - Haager Übereinkommen über die Durchsetzung von Unterhalt im Ausland,
 - Haager Kindesentführungsübereinkommen (Grundsatzfragen, soweit nicht in Referat R A 7),
- Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen in der Europäischen Union mit Bezügen zum Familienrecht (soweit nicht in Referat I A 5), insbesondere EG-Unterhaltsverordnung und Güterrecht (ab Abschluss der Beratungen der EU-Güterrechtsverordnungen),
- Rechtshilfe in Familiensachen (soweit nicht in Referat I A 5),
- Grenzüberschreitender Gewaltschutz.
- Arbeiten der CEPEJ.
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referat

Sonderauftrag "Internationales Zivilverfahrensrecht, europäischer und internationaler Rechtshilfeverkehr sowie Schiedsgerichtsbarkeit"

- Internationales und europäisches Zivilverfahrensrecht ohne Bezüge zum Familienrecht (soweit nicht in Referat I A 5); Bearbeitung dieser Sachgebiete im Rahmen internationaler Organisationen, auch
 - Apostille,
 - Rechtsauskunft,
 - Zwangsvollstreckung,
- Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen in der Europäischen Union ohne Bezüge zum Familienrecht (soweit nicht in Referat I A 5), im Einzelnen:
 - im Bereich der Apostille ab Abschluss der Beratungen über den KOM-Vorschlag,
 - im Bereich der Zwangsvollstreckung ab Abschluss der Beratungen über den VO-Vorschlag zur Kontenpfändung,
- Rechtshilfe in Zivilsachen, insbesondere
 - Rechtshilfe im Verhältnis zu den USA,
 - Allgemeiner Teil der Zivilrechtshilfeordnung (ZRHO),
- Internationale Rechtshilfe im Bereich der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit,
- · Recht der Schiedsgerichtsbarkeit,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen des Sonderauftrags
- *) unmittelbar der Unterabteilungsleitung I A unterstellt 05/18

Internationales Privatrecht

- Internationales Privatrecht auf den Gebieten des BGB,
- Reform des Internationalen Privatrechts,
- Beziehungen zu Einrichtungen auf dem Gebiet des IPR (Haager Konferenz für Internationales Privatrecht, Deutscher Rat für IPR),
- Anerkennung ausländischer Statusentscheidungen (einschließlich Brüssel IIa-Verordnung),
- Internationales Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit,
- Internationales und europäisches Zivilverfahrensrecht mit Bezügen zum Familienrecht, soweit nicht in Referat I A 4 (insbesondere Haager Kinderschutz- und Erwachsenenschutz- übereinkommen),
- Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen sowie entsprechende Rechtsinstrumente der Europäischen Union (insbesondere Brüssel I-Verordnung, Verordnung zum Europäischen Vollstreckungstitel, Haager Gerichtsstandsübereinkommen),
- Allgemeine Fragen der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen im Rahmen der Europäischen Union (einschließlich Ausschuss für Zivilrecht – Allgemeine Fragen),
- Weitere Rechtsinstrumente der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen, soweit nicht in Referat I A 4 (insbesondere EU-Erbrechtsverordnung),
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Betreuungsrecht; Frauenpolitik

- Betreuungsrecht,
- Frauen-/Gleichstellungspolitik einschließlich Mitprüfung von Vorhaben des BMFSFJ (soweit nicht in anderen Referaten)

Allgemeiner Teil des BGB

- Allgemeiner Teil des BGB,
- Verschollenheitsrecht,
- Bürgerlich-rechtliche Fragen des Tierschutzes,
- Aus dem Schuldrecht:
 - Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB),
 - Muster- und Formularverträge,
 - Recht der Gemeinschaft,
- Unterlassungsklagengesetz,
- Internationale Fragen auf diesen Gebieten

Schuldrecht I

- Grundsatzfragen des Vertragsrechts,
- Verbraucherschutz im Vertragsrecht (soweit nicht in anderen Referaten),
- Verträge über Finanzdienstleistungen (soweit nicht in anderen Referaten), insbesondere
 - Darlehensvertragsrecht,
 - Überweisungsvertrag,
 - Lastschriftverfahren,
 - Kreditkartenvertrag,
 - Zahlungsvertrag,
 - Girovertrag,
- Bürgschaft,
- Schuldversprechen, Schuldanerkenntnis,
- Anweisung (soweit nicht Wertpapier),
- Europäisches Vertragsrecht,
- Internationale Rechtsvereinheitlichung und Rechtsfragen auf diesen Gebieten

Schuldrecht II

- Schuldrecht Besonderer Teil (soweit nicht in anderen Referaten), einschließlich:
 - Kaufrecht- und Tauschvertrag, Ratenlieferungsvertrag,
 - Schenkung,
 - Leihe,
 - Dienstvertrag,
 - Werkvertrag, Architekten- und Ingenieurvertrag, Bauträgervertrag,
 - Vergleich,
 - Reisevertrag,
 - Timesharing-Vertrag,
 - Maklervertrag,
 - Auslobung,
 - Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag,
 - Geschäftsführung ohne Auftrag,
 - Verwahrung,
 - Unvollkommene Verbindlichkeiten (Spiel, Wette),
 - Ungerechtfertigte Bereicherung,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Schadensersatzrecht; Luftverkehrsrecht

- · Allgemeines Schadensersatzrecht,
- Außervertragliches Haftungsrecht, u. a.
 - Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts einschließlich des Rechts am eigenen Bild nach dem Kunsturhebergesetz,
 - Amtshaftungsrecht,
 - Produkthaftungsrecht einschließlich Arzneimittelhaftungsrecht,
 - Recht der Umwelthaftung, der Atomhaftung und der Gentechnikhaftung,
- · Vertragliches und außervertragliches Medizinhaftungsrecht,
- Luftverkehrsrecht:
 - Beförderungsvertragsrecht (außer Güter),
 - Haftungsrecht,
 - Versicherungsrecht,
 - Mitprüfung luftverkehrsrechtlicher Vorhaben des BMVBS,
- Übereinkommen von Kapstadt über Internationale Sicherungsrechte an beweglicher Ausrüstung nebst zugehöriger Protokolle,
- Beziehungen zu Einrichtungen auf dem Gebiet des Zivilrechts (UNIDROIT, Gesellschaft für Rechtsvergleichung u. ä.),
- Beziehungen zur Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO).
- Internationale Fragen auf diesen Gebieten,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

<u>Sachenrecht; Grundbuchrecht;</u> <u>Offene Vermögensfragen der neuen Länder</u>

- Materielles Sachenrecht,
- Wohnungseigentumsgesetz,
- Erbbaurechtsgesetz,
- Rechte an Luftfahrzeugen,
- Privates Jagd- und Fischereirecht,
- Schiffsrechtegesetz,
- Grundbuchrecht,
- · Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen,
- · Schiffsregisterrecht,
- Übergangssachenrecht der neuen Länder,
- Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und Folgeregelungen,
- Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung bestimmter Vermögensansprüche,
- Recht der Lastenausgleichsleistungen,
- Recht der Wiedergutmachung von NS-Unrecht (materielle Schäden),
- Ansprüche im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg,
- Internationale Fragen auf diesen Gebieten

Schuldrecht AT; Gleichbehandlungsrecht

- Schuldrecht Allgemeiner Teil (soweit nicht in anderen Referaten),
- Besondere Vertriebsformen,
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG),
 Behandlungsvertragsrecht (soweit nicht in Referat I B 4),
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten

<u>Mietrecht</u>

- Mietrecht,
- Pachtrecht,
- Schuldrechtsanpassungsgesetz,Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten

<u>Projektgruppe</u> "Automatisiertes Fahren"

- Analyse der bestehenden nationalen und internationalen rechtlichen Fragestellungen und Rahmenbedingungen zum Themenkomplex automatisiertes und vernetztes Fahren,
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Ausgestaltung und Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen eines automatisierten und vernetzten Fahrens

<u>Abteilung II</u>

Strafrecht

<u>Leitung:</u>	
Vertretung:	jeweils die Unterabteilungsleitung für ihren Zuständigkeitsbereich
Vorzimmer:	
	<u>Unterabteilung II A</u>
Referate:	II A 1, II A 2, II A 3, II A 4, II A 5, II A 6, II A 7, II A 8
<u>Leitung:</u>	
<u>Vorzimmer</u>	
	Unterabteilung II B
Referate:	II B 1, II B 2, II B 3, II B 4, II B 5, II B 6
<u>Leitung:</u>	
Vorzimmer:	

- *) Koordinator für Fragen des Rechtsextremismus
 **) Vertretung des BMJV im "Koordinierungsausschuss für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen(CATS)"

Strafgesetzbuch (Allgemeiner Teil)

- Strafgesetzbuch Allgemeiner Teil (soweit nicht in Referat II A 4 oder II A 6),
- Medizinisch-strafrechtliche Fragen einschließlich des ärztlichen Heileingriffs und der Sterbehilfe,
- Embryonenschutzgesetz (soweit BMJV zuständig),
- Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch,
- Auswirkungen verfahrensrechtlicher Gesetze auf das materielle Strafrecht,
- Fragen des Anwendungsbereichs des StGB bei internationalen Abkommen,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten,
- Sanktionsrechtliche Fragen zum Verbot der Todesstrafe,
- Materielle Fragen des Gesetzes zur Therapierung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter

Strafgesetzbuch (Besonderer Teil)

- Strafgesetzbuch Besonderer Teil (soweit nicht in anderen Referaten),
- Bund-/Länder-Arbeitsgruppe Menschenhandel,
- Internationale Rechtsfragen im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht in Nebengesetzen; Gnadenrecht; Entschädigung für Strafverfolgung

- Straf- und Bußgeldvorschriften (außerhalb des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten):
- Rechtsförmliche Prüfung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes (soweit nicht in den Referaten II A 4 oder II A 6),
- Grundsatzfragen der Ausgestaltung der Straf- und Bußgeldvorschriften,
- Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen (StrRehaHomG),
- Wirtschaftsstrafgesetz 1954 (WiStrG),
- Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG),
- Gnadenrecht in Strafsachen (einschließlich Einzelsachen) und Straffreiheitsrecht,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

<u>Strafrechtliche Bekämpfung der Wirtschafts-, Computer-, Korruptions- und Umweltkriminalität</u>

- · Wirtschaftsstrafrecht (StGB),
- · Computerstrafrecht (StGB),
- Korruptionsstrafrecht (StGB und ergänzende Gesetze) einschließlich § 108 e StGB,
- Umweltstrafrecht (StGB),
- Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht nach der Abgabenordnung (sachliches Recht und Verfahren),
- Geldwäschegesetz und Straftatbestand der Geldwäsche (§ 261 StGB),
- Verfall und Einziehung nach dem Strafgesetzbuch und dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten,
- Verantwortlichkeit juristischer Personen und Aufsichtspflichtverletzungen in Betrieben und Unternehmen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten,
- · Subventionsgesetz,
- Verpflichtungsgesetz

Jugendstrafrecht; Täter-Opfer-Ausgleich

- Jugendkriminalrecht, Jugendgerichtsgesetz,
- Hilfen für Straffällige im Jugendhilferecht,
- Beteiligung an den Arbeiten der Referate II A 6 und II A 7 zur Kriminalprävention bzw. zur Kriminologie,
- Täter-Opfer-Ausgleich,
- Betreuung des Servicebüros für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung

<u>Gesetz über Ordnungswidrigkeiten; Betäubungsmittel- und Verkehrsstrafrecht;</u> Kriminalprävention; Strafvollzugsrecht; Bewährungshilfe

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (soweit nicht in Referat II A 4),
- Verkehrsstrafrecht und Verkehrsordnungswidrigkeiten (sachliches Recht und Verfahren),
- Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht nach dem Betäubungsmittelgesetz (sachliches Recht und Verfahren) und dem Grundstoffüberwachungsgesetz,
- Allgemeine Fragen der Kriminalprävention,
- Nationale und internationale Kriminalprävention,
- Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und Nationales Zentrum für Kriminalprävention,
- Internationale Kriminalprävention
 - EU-Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN),
 - Crime Prevention and Criminal Justice Programme der VN,
 - Programm der VN zu Kriminalprävention und Strafrechtspflege (UNODC, UNODC-Konferenz),
- Beteiligung an den Arbeiten des Referats II A 7 zur Kriminologie,
- · Strafvollzugsrecht,
- Vollzug der Untersuchungshaft, der Jugendstrafe und des Jugendarrestes sowie der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung,
- Nationale Statistik für Strafvollzug sowie Statistik des Europarats (SPACE I),
- Aus- und Fortbildung des Justizvollzugsdienstes und des Bewährungshilfedienstes,
- Europäische und internationale Zusammenarbeit im Bereich Strafvollzug und Bewährungshilfe,
- Betreuung des Strafvollzugsausschusses der Länder,
- Zuwendungsrechtliche Angelegenheiten zu nationalen und internationalen Nicht-Regierungsorganisationen im Bereich Strafvollzug und Bewährungshilfe

<u>Sexualstrafrecht; Kriminologie; Strafrechtliche Bekämpfung von Doping;</u> Statistiken der Strafrechtspflege

Arbeitsgebiet

- 13. Abschnitt des Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs,
- Allgemeine Fragen der Kriminologie,
- Initiative für kriminologische und kriminalpräventive Projekte/Forschungsvorhaben,
- Mitarbeit an Berichten und Aktionsplänen der Bundesregierung mit kriminologischem Bezug,
- Mitarbeit des Bundes in kriminologischen Gremien,
- Anregung von Gesetzesinitiativen aus kriminologischer oder kriminalpräventiver Sicht,
- Kriminologische Vorbereitung bei der Planung und Ausarbeitung von strafrechtlichen und dem Strafrecht verwandten Vorschriften,
- Kriminologische Zentralstelle e.V.,
- Präventionsprojekt Dunkelfeld "Kein Täter werden",
- Bund-Länder-Arbeitsgruppen "Häusliche Gewalt" und "Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung",
- Bündnis für Demokratie und Toleranz und Forum gegen Rassismus,
- Interministerielle Arbeitsgruppe "Demokratieförderung und Extremismusprävention",
- Beteiligung an den Arbeiten des Referats II A 6 zur Kriminalprävention,
- Strafrechtliche Bekämpfung von Doping, Anti-Doping-Gesetz,
- Gesetzliche Regelung der Strafverfolgungs-, Strafvollzugsund Bewährungshilfestatistik,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats (einschließlich Justiz- und Personalstatistiken)
- *) Unterstützung des Koordinators für Fragen des Rechtsextremismus

*)

Nelson Mandela Regeln der VN; Beziehungen zu Nicht-Regierungsorganisationen im Bereich Strafvollzug und Bewährungshilfe

- Einrichtungen der Bewährungshilfe und der Führungsaufsicht,
- Beziehungen zu nationalen und internationalen Nicht-Regierungsorganisationen im Bereich Strafvollzug und Bewährungshilfe (soweit nicht zuwendungsrechtliche Angelegenheiten betroffen, insoweit Referat II A 6),
- Umsetzung der Nelson Mandela Regeln (Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen zum Umgang mit Strafgefangenen),
- Betreuung der Arbeiten der VN-Freundesgruppe der Nelson Mandela Regeln

Staatsschutzstrafrecht (Einzelsachen); Völkerstrafrecht

- Einzelsachen des Staatsschutzstrafrechts, dabei auch
 - Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch,
 - Verschleppung und politische Verdächtigung,
 - Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht,
 - Beleidigungen (soweit Nr. 209 RiStBV sowie Bereiche des Staatsschutzstrafrechts berührt sind), und sonstiger Straftaten mit politischem Hintergrund, soweit nicht in anderen Referaten,
- Ermächtigungen nach §§ 89a, 89b, 129b StGB,
- Fachaufsicht über den Generalbundesanwalt (soweit nicht in Abteilung Z),
- · Völkerstrafrecht,
- · Netzwerk Völkerstrafrecht,
- Immunitätsangelegenheiten des Bundes (insbesondere Bundestagsabgeordnete),
- Konferenz der Generalstaatsanwaltschaften der Ostseeanrainerstaaten,
- Consultative Forum of the Prosecutors General and Directors of Public Prosecutions of the Member States of the EU,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Hilfe für Opfer von Straftaten; Geschäftsstelle des Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland

Arbeitsgebiet

- Entschädigung für Opfer von Gewalttaten,
- Hilfe für Opfer von Straftaten, Opferhilfeeinrichtungen,
- Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe,
- · Härteleistungen für Opfer terroristischer Gewalt,
- Maßnahmen zur Unterstützung von Opfern von Straftaten auf Ebene der Europäischen Union, des Europarates oder anderer internationaler Organisationen (soweit nicht in den Referaten R B 4 und II A 5),
- Koordinierung von Belangen des Opferschutzes mit den Ländern (insbesondere Zusammenarbeit mit den Opferbeauftragten der Länder),
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Geschäftsstelle des Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland

- Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland,
- Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz in Berlin am
 19. Dezember 2016

Bundeszentralregister; Gewerbezentralregister

- Bundeszentralregisterrecht,
- Recht des Gewerbezentralregisters Titel XI der Gewerbeordnung -,
- Angelegenheiten des Bundeszentralregisters und des Gewerbezentralregisters (soweit nicht in Abteilung Z),
- Entscheidungen über Beschwerden nach dem Bundeszentralregistergesetz gegen Bescheide des BfJ,
- NS-Straftaten,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

<u>Internationales Strafrecht;</u> <u>Europäische und multilaterale strafrechtliche Zusammenarbeit</u>

- Internationales Strafrecht im Rahmen der Europäischen Union, des Europarats und sonstiger internationaler Organisationen (soweit nicht in anderen Referaten der Abteilung II),
- Zweiseitige Auslieferungs- und Rechtshilfeverträge in Strafsachen.
- Vollstreckungshilfeverträge in Strafsachen,
- Innerstaatliche Regelungen der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen,
- EUROJUST.
- Grundsatz der Verfügbarkeit beim grenzüberschreitenden Informationsaustausch in der EU,
- Zusammenarbeit mit internationalen Strafgerichtshöfen,
- Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen,
- Vereinfachung des Rechtshilfeverkehrs in Strafsachen einschließlich der Fragen der Zuständigkeitsvereinbarung zwischen Bund und Ländern,
- Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (RiVASt),
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Internationale Bekämpfung des Terrorismus; Staatsschutzstrafrecht

- Strafrechtliche Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen der Europäischen Union/Schengener Übereinkommen, des Europarats, der UN sowie anderer internationaler und supranationaler Organisationen,
- Angelegenheiten der EU-Arbeitsgruppe Terrorismus,
- Staatsschutzstrafrecht (soweit nicht Einzelsachen in Referat II B 1),
- Straftaten nach § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), § 89b StGB (Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), § 91 StGB (Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) - soweit nicht Einzelsachen in Referat II B 1,
- Wehrstrafrecht,
- Strafrecht zum Schutz der Landesverteidigung und der Verbündeten,
- Strafrechtliche Einzelsachen, die Soldaten der Bundeswehr, Zivildienstpflichtige oder den Schutz der Landesverteidigung betreffen,
- Strafgerichtsbarkeit betreffend deutsche Soldaten im Ausland,
- Strafrechtliche Fragen des Überleitungsvertrages und des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens sowie des deutsch-sowjetischen Truppenaufenthalts- und Abzugsvertrages,
- Strafgerichtsbarkeit betreffend ausländische Streitkräfte,
- Koordinierung der Mitwirkung des BMJV im Bereich Financial Action Task Force (FATF) - Gremium zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus -,
- Deradikalisierung von islamistischen sowie extremistischen Strafgefangenen

<u>Europäische Staatsanwaltschaft;</u> <u>Grundsatzfragen europäischer Strafrechtspolitik</u>

- Europäische Staatsanwaltschaft, insbesondere
 - Analyse und Bewertung des Vorschlags der EU-Kommission für eine Verordnung des Rates zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft in Abstimmung mit den betroffenen Fachreferaten des BMJV,
 - Entwicklung und Abstimmung einer inhaltlichen Verhandlungsposition der Bundesregierung zum Verordnungsentwurf einschließlich der Vorlage etwaiger Alternativvorschläge,
 - Vertretung der deutschen Delegation in den Beratungen in Ratsarbeitsgruppen, Ausschüssen und sonstigen Gremien der EU,
- Koordinierende Vorbereitung und Vertretung des BMJV im European Committee on Crime Problems (CDPC),
- Koordinierende Vorbereitung der Sitzungen des Koordinierungsausschusses für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (CATS),
- Koordinierung der Mitwirkung des BMJV in den strafrechtlichen Arbeitsgruppen der G8 (Lyon- und Roma-Gruppe),
- Strafrechtliche Angelegenheiten der AG Europa des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz

Abteilung III

Handels- und Wirtschaftsrecht

<u>Leitung:</u>	
Vertretung:	jeweils die Unterabteilungsleitung für ihren Zuständigkeitsbereich
Vorzimmer:	
	Unterabteilung III A
Referate:	III A 1, III A 2, III A 3, III A 4, III A 5, III A 6, III A 7
Leitung:	
Vorzimmer:	
	Unterabteilung III B
Referate:	III B 1, III B 2, III B 3, III B 4, III B 5, III B 6 unmittelbar unterstellt: PG "EU-Patent und Einheitliches Patentgericht")
<u>Leitung:</u>	

Vorzimmer:

<u>Europäisches Gesellschaftsrecht;</u> Konzernrecht; Recht der Umstrukturierung, Personengesellschaftsrecht

- Supranationales Europäisches Gesellschaftsrecht, (insbesondere Europäische Aktiengesellschaft, Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung),
- Konzernrecht,
- Recht der Umstrukturierung von Gesellschaften und Unternehmensverbindungen (insbesondere Umwandlung, Verschmelzung, Spaltung, Ausgliederung),
- Recht der multinationalen Unternehmen,
- Recht der Personenhandelsgesellschaften, der Partnerschaftsgesellschaft und der stillen Gesellschaft,
- Recht der Gesellschaft bürgerlichen Rechts,
- · Internationales Privatrecht zum Gesellschaftsrecht,
- EU-Harmonisierung auf diesen Gebieten

<u>Gesellschaftsrecht; Unternehmensverfassung;</u> <u>Corporate Governance</u>

- Aktienrecht,
- GmbH-Recht,
- Recht der Unternehmensverfassung,
- Corporate Governance,
- EU-Harmonisierung auf diesen Gebieten

Rechnungslegung; Publizität; Recht der Abschlussprüfung

- Rechnungslegung von Unternehmen,
- Rechnungslegung von Konzernen,
- Recht der Handelsbücher,
- Bilanzrecht,
- Recht der Prüfung von Jahresabschlüssen und deren Veröffentlichung,
- Publizitätsgesetz,
- EU-Harmonisierung auf diesen Gebieten,
- Internationale Fragen auf diesen Gebieten,
- Rechnungslegung multinationaler Unternehmen
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Recht der Handelsgeschäfte; Transportrecht

- Recht der Handelsgeschäfte, insbesondere auch Recht des Handelskaufs, Recht der Bankgarantien im Handelsverkehr und Franchising,
- Fracht-, Speditions- und Lagerrecht,
- Recht der Charterverträge und der Verträge über die Verwendung von Wagen im Eisenbahnverkehr,
- Privatrecht der Personenbeförderung auf Straße, Schiene, Binnen- und Seegewässern,
- Sonstiges Seehandels- und Binnenschifffahrtsprivatrecht (soweit nicht in Referat III B 6),
- · Schifffahrtsrechtliche Verteilungsordnung,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten

Recht des Handelsstandes; Handels- und Unternehmensregister; Genossenschaftsrecht; Wertpapierrecht

- Recht des Handelsstandes (insbesondere Handelsregister, Unternehmensregister),
- Depotrecht,
- Wertpapierrecht, insbesondere Schuldverschreibungs-, Scheck- und Wechselrecht,
- Genossenschaftsrecht

Verbraucherpolitik im Bereich Finanzdienstleistungen

- Grundsatzfragen des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen,
- Verbraucherschutz im Versicherungs-, Banken- und Kreditwesen sowie auf dem Kapitalmarkt,
- Verbraucherschutz bei der europäischen und nationalen Finanzaufsicht,
- Verbraucherschutz beim Vertrieb von Finanzdienstleistungen gegenüber Verbrauchern, insbesondere Finanzvermittlung, Honorarberatung, Produktinformationen,
- Angelegenheiten des Marktwächters "Finanzmarkt",
- Verbraucherschutz bei der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge,
- · Verbraucherverschuldung, Verbraucherinsolvenz,
- Bonitätsbewertung und Auskunfteien,
- Verbraucherbildung und Kompetenzgewinnung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Maßnahmen zur Verbraucherinformation und sonstige Projektförderung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Entscheidungshilfe-Vorhaben und Verbraucherforschung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Finanzmarktrecht; Steuerrecht

- · Steuer- und Zolltarifrecht,
- Kindergeldgesetz,
- Recht der Bankenaufsicht (insbesondere Kreditwesengesetz, Pfandbriefgesetz, Gesetz über Bausparkassen, Kapitalanlagegesetzbuch),
- Sonstige Rechtsfragen des Investmentwesens,
- Wertpapierhandelsrecht,
- Börsenrecht.
- Sonstiges Recht der Finanzdienstleistungsaufsicht und des Kapitalmarktes,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten,
- Nationales Währungsrecht,
- Finanzmarktstabilisierung (Finanzmarktstabilisierungsgesetz, Koordinierung der Arbeiten des BMJV, Angelegenheiten des Lenkungsausschusses),
- Angelegenheiten des "Lenkungsausschusses Unternehmensfinanzierung",
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Erteilung der Vollstreckungsklausel nach der EU-Ratingverordnung

<u>Kartell- und Vergaberecht; Außenwirtschaftsrecht; Gewerbe- und Handwerksrecht;</u> <u>Recht der Bildung und Forschung</u>

- Kartellrecht; einschließlich Vergaberecht,
- · Postrecht,
- Außenwirtschaftsrecht einschließlich des Rechts der Sanktionen gegen Staaten und Einzelpersonen (mit Ausnahme von Einzelfällen der Antiterrorismussanktionen),
- · Kriegswaffenkontrollrecht,
- Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das AWG/KWKG - illegaler Technologietransfer -,
- · Angelegenheiten des Bundessicherheitsrates,
- Recht der neuen Technologien (soweit nicht in anderen Referaten),
- Rechtsfragen der Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie,
- Kulturrecht,
- Rechtsfragen der Kirchen und Religionsgemeinschaften (soweit nicht in Referat IV A 1),
- Gewerbeordnung (ausschließlich des Arbeitsvertrags- und Arbeitsschutzrechts - Titel VII GewO -),
- Gewerberechtliche Nebengesetze und Sondergebiete einschließlich Eich- und Messwesen,
- Recht der Normung,
- · Handwerksrecht,
- Allgemeine Fragen des Wirtschaftsverwaltungsrechts (soweit nicht in anderen Referaten),
- Wirtschaftspolitik (soweit nicht in anderen Referaten),
- Berufsordnung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft (soweit nicht in Referat R B 1),
- Organisations-, Preis- und Bewirtschaftungsrecht der gewerblichen Wirtschaft,
- Internationale Rechtsfragen auf diesem Gebiet

Energierecht; Verbraucherpolitik im Energiebereich; Bergrecht

- Energierecht (soweit nicht in Referat IV B 6),
- · Bergrecht,
- Verbraucherpolitik bei der Versorgung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser, insbesondere
 - Bedingungen in der Grundversorgung und bei Sonderkunden, vor allem Vertragsangelegenheit und Schlichtung bei Verbraucherbeschwerden,
 - Verbraucherrechte und -datenschutz in der intelligenten Energieversorgung,
- Verbraucherinteressen in der Energiewende, insbesondere
 - Finanzierung der Energiewende (vor allem EEG, EEWärmeG, Gebäudesanierung),
 - Energieeffizienz (Energieberatung, Energiedienstleistungen für Verbraucher),
 - Verbraucher als Produzenten von Energie und Energiedienstleister,
- Angelegenheiten des Marktwächters "Energie",
- Verbraucherbildung und Kompetenzgewinnung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Maßnahmen zur Verbraucherinformation und sonstige Projektförderung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Entscheidungshilfe-Vorhaben und Verbraucherforschung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten

Urheber- und Verlagsrecht

- Urheberrecht,
- · Verlagsrecht,
- Recht der urheberrechtlichen Verwertungsgesellschaften,
- Vereinheitlichung des europäischen Urheberrechts,
- Berner Verband zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst,
- Welturheberrechtsabkommen und weitere internationale Abkommen auf dem Gebiet des Urheberrechts,
- Übereinkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) auf dem Gebiet des Urheberrechts,
- Sonstige internationale Rechtsfragen auf diesen Sachgebieten,
- Fachaufsicht über das DPMA im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Patent- und Erfinderrecht; Gebührenrecht auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes

Arbeitsgebiet

- · Patentrecht,
- · Vereinheitlichung des europäischen Patentrechts,
- · Gebrauchsmusterrecht,
- · Schutz von Halbleitererzeugnissen,
- Erfinderrecht einschließlich des Rechts der Arbeitnehmererfindungen,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Sachgebieten,
- Verträge über den Austausch von Erfindungen und technischen Erfahrungen (soweit nicht andere Referate im BMJV federführend sind),
- Gebührenrecht auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts,
- Bekanntmachung von Veränderungen im Geltungsbereich der multilateralen Verträge auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts,
- Rechtsschutz von Pflanzenzüchtungen,
- Über- und Endbeglaubigung der vom DPMA beglaubigten Urkunden,
- Fachaufsicht über das DPMA im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Projektgruppe "EU-Patent und Einheitliches Patentgericht" *)

- Angelegenheiten der Europäischen Patentorganisation (EPO) nach dem Europäischen Patentübereinkommen (soweit nicht in Abteilung Z),
- EPO-Patentrechtsausschuss,
- Engerer Ausschuss des EPO-Verwaltungsrates, insbesondere organisatorische Vorbereitung der Erteilung von EU-Patenten durch das Europäische Patentamt,
- Gebührenfragen beim EU-Patent,
- Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht, insbesondere Ratifikation und Umsetzung einschließlich Finanzfragen,
- Vorbereitender Ausschuss der Mitgliedstaaten zur Errichtung des Einheitlichen Patentgerichts, Mitwirkung in den Arbeitsgruppen Recht, Finanzen, Personal, IT, Einrichtungen,
- Leitung der internationalen Arbeitsgruppe "Recht" des

- Vorbereitenden Ausschusses,
- Verfahrensordnung für das Einheitliche Patentgericht,
- Koordinierung der Einrichtung und Ausstattung der Zentralkammerabteilung München des Einheitlichen Patentgerichts durch die Abteilung Z,
- Koordinierung der Einrichtung von Lokalkammern des Einheitlichen Patentgerichts durch die Länder,
- Fortbildung europäischer Patentrichter,
- Ergänzendes Sekundärrecht der Europäischen Union im Patentbereich

^{*)} unmittelbar der Unterabteilungsleitung III B unterstellt

Markenrecht; Designrecht, Recht gegen den unlauteren Wettbewerb; Bekämpfung der Produktpiraterie

- · Markenrecht,
- · Schutz geschäftlicher Bezeichnungen,
- · Schutz geographischer Herkunftsangaben,
- Designrecht,
- · Schutz typographischer Schriftzeichen,
- · Ausstellungsschutz,
- Recht gegen den unlauteren Wettbewerb,
- Recht der Werbung (soweit nicht in anderen Referaten),
- Bekämpfung der Produktpiraterie,
- Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums,
- Leistungsschutzrechte für Sportveranstaltungen,
- Internationale und europäische Rechtsfragen, Koordinierung und Einzelfragen auf diesen Rechtsgebieten (soweit nicht in anderen Referaten),
- Übereinkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) auf diesen Rechtsgebieten,
- Geistiges Eigentum im Rahmen der G8 und G20,
- Angelegenheiten des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) - HABM -,
- Angelegenheiten der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO),
- Angelegenheiten des Rates für handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) der Welthandelsorganisation (WTO),
- Fachaufsicht über das DPMA im Rahmen der Zuständigkeit des Referats.
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Versicherungsrecht; IOPC-Funds; UNCITRAL; Bioethik; Gendiagnostik

- Recht der Privatversicherung einschließlich der Seeversicherung,
- Pflichtversicherungsgesetz mit Aufsicht über den Entschädigungsfonds und die Entschädigungsstelle für Kfz-Unfälle,
- Internationale Rechtsfragen auf diesen Gebieten,
- International Oil Pollution Compensation Funds (IOPC-Funds),
- Internationale Übereinkommen auf diesem Gebiet,
- Ölschadengesetz,
- HNS-Übereinkommen 2010, Umsetzung,
- Andere internationale Haftungs- und Entschädigungsregelungen bei Unfällen mit gefährlicher Ladung (Schiene, Straße, See- und Binnenschifffahrt),
- Nationale Haftungs- und Entschädigungsregelung bei Unfällen mit gefährlicher Ladung in der See- und Binnenschifffahrt,
- Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL), Koordination, Wahrnehmung der Kommissions-Sitzungen,
- · Bioethik,
- Lenkungsausschuss für Bioethik des Europarates,
- Gendiagnostikgesetz, Gendiagnostik-Kommission,
- Koordination der Rechtsfragen der Anwendung gentechnischer, sonstiger zellbiologischer sowie reproduktions-medizinischer Verfahren an menschlichen Zellen oder am Menschen (soweit nicht federführend in anderen Referaten)

Abteilung IV

Verfassungs- und Verwaltungsrecht; Völker- und Europarecht

<u>Leitung:</u>	
Vertretung:	jeweils die Unterabteilungsleitung für ihren Zuständigkeitsbereich
Vorzimmer:	
	Unterabteilung IV A
Referate:	IV A 1, IV A 2, IV A 3, IV A 4, IV A 5, IV A 6
Leitung:	
Vorzimmer:	Unterabteilung IV B
Referate:	IV B 1, IV B 2, IV B 3, IV B 4, IV B 5, IV B 6
<u>Leitung:</u>	
Vorzimmer:	
	Unterabteilung IV C
Referate:	IV C 1, IV C 2, IV C 3, IV C 4
<u>Leitung:</u>	Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtsfragen

Vorzimmer:

Grundrechte

- Grundrechte (Artikel 1 bis 19 Abs. 3, Artikel 20 Abs. 4 GG),
- Staatskirchenrecht (Artikel 140 GG) einschließlich der selbständigen Ordnung und Verwaltung der eigenen Angelegenheiten durch die Religionsgesellschaften und ihrer Grenzen (Artikel 137 WRV)

<u>Verfassungsrecht der Staatsorganisation;</u> <u>Finanzverfassungsrecht</u>

- Verfassungsrecht der Staatsorganisation,
- Recht der Staatsorgane,
- Artikel 21 GG, Parteienrecht,
- Artikel 38 GG, Wahlrecht,
- Geschäftsordnungen der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates,
- Auslegung des Einigungsvertrages (Artikel 1 bis 6, 8 bis 10, 13 bis 16, 18, 19, 21, 28, 30 bis 40 und 42 bis 45 EV),
- Finanzverfassungsrecht (Artikel 104a bis 115 GG),
- Finanzrecht,
- Haushaltsrecht

Verfassungsgerichtsbarkeit; Justizverfassungsrecht

- Verfassungsgerichtsbarkeit und verfassungsgerichtliches Verfahrensrecht,
- Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (auch soweit andere Bundesressorts federführend sind),
- Rechtsfragen des IX. Abschnitts des GG ("Rechtsprechung"),
- Justizgrundrechte (Artikel 19 Abs. 4, 101 bis 104 GG) sowie die aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteten verfahrensrechtlichen Ansprüche und Garantien, insbesondere Justizgewährung, Recht auf faires Verfahren und Unschuldsvermutung

Beamtenrecht; Soldatenrecht; Recht der zivilen Verteidigung; Staatshaftungsrecht

- Artikel 33 GG (soweit öffentlicher Dienst),
- Beamtenrecht (mit Ausnahme des Rechtspflegergesetzes) und Dienstrecht der Soldaten einschließlich
 - Besoldungsrecht (mit Ausnahme der R-Besoldung),
 - Versorgungsrecht,
 - Personalvertretungs- und Soldatenbeteiligungsrecht,
 - Disziplinarrecht,
- Recht der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes,
- Entwicklungshelferrecht,
- Recht der zivilen Verteidigung (soweit nicht in anderen Referaten), insbesondere Zivilschutzrecht, einschließlich der Koordinierung von Vorhaben des BMJV auf diesem Gebiet,
- Koordinierung administrativer Maßnahmen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung im BMJV,
- Mitwirkung bei Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet des Krisenmanagements (z. B. Ressortkreis Nationales Krisenmanagement, Interministerielle Koordinierungsgruppe) und Koordinierung von Maßnahmen auf diesem Gebiet im BMJV,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

<u>Datenschutzrecht;</u> <u>Recht der Bundesstatistik</u>

- Bundesdatenschutzgesetz und sonstiges allgemeines Datenschutzrecht,
- Recht der Bundesstatistik,
- Rechtsakte der EU auf den Gebieten des allgemeinen Datenschutzrechts und der Statistik,
- Stasi-Unterlagen-Gesetz,
- Bereichsspezifisches Datenschutzrecht einschließlich Rechtsakte der EU (mitwirkend),
- Datenschutz und Statistik im Recht des Europarats, der VN und anderer internationaler Organisationen (mitwirkend),
- Datenschutz in völkerrechtlichen Verträgen (mitwirkend),
- Stellungnahmen zu den T\u00e4tigkeitsberichten des Bundesbeauftragten f\u00fcr den Datenschutz und die Informationsfreiheit nach \u00a7 26 Abs. 1 BDSG (koordinierend)

Rechtsprüfung; Sprachberatung; Allgemeines Verwaltungsrecht

)

- Grundsatzfragen der Rechtsprüfung einschließlich der gesetzestechnischen und dokumentationsgeeigneten Gestaltung von Bundesrecht,
- Handbuch der Rechtsförmlichkeit und Empfehlungen nach § 42 Abs. 4 GGO,
- Rechtsförmliche Prüfung der Gesetz- und Verordnungsentwürfe des BMJV,
- Rechtssprache und Sprachberatung, insbesondere
 - sprachliche Bearbeitung der Gesetz- und Verordnungsentwürfe des BMJV,
 - Beratung in sprachlichen Einzelfragen,
 - Koordinierung der Spracharbeit mit dem Redaktionsstab Rechtssprache,
 - Aufsicht über den Redaktionsstab Rechtssprache,
- Berichtigung von Rechtsvorschriften (soweit nicht in den Referaten IV A 2 und Z B 2),
- Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsverfahrensrecht,
- Verwaltungskostenrecht, Verwaltungszustellungsrecht und Verwaltungsvollstreckungsrecht,
- Rechtsvereinfachung, Deregulierung, Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation von Recht, Bürokratieabbau (soweit nicht in Referat Z B 5),
- Zuständigkeitsanpassungsgesetz, Zuständigkeitsanpassungsverordnungen,
- Gesetz über vereinfachte Verkündungen und Bekanntgaben, Gesetz über die Verkündung von Rechtsverordnungen

<u>Polizeirecht; Recht der Nachrichtendienste;</u> <u>Ausweis- und Melderecht</u>

- · Nationales Polizeirecht,
- Polizeirecht im Rahmen der EU und sonstiges internationales Polizeirecht, insbesondere
 - EUROPOL einschließlich der Fragen der justitiellen Kontrolle,
 - polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus,
 - Beteiligung im Rahmen internationaler Verträge zur Kriminalitätsbekämpfung,
- Zollkriminalrecht einschließlich Zollfahndungsrecht,
- Recht des Meldewesens,
- Pass- und Ausweisrecht.
- · Recht der Nachrichtendienste,
- Versammlungsrecht,
- Öffentliches Vereinsrecht,
- · Waffenrecht,
- Sprengstoffrecht,
- Kommunalrecht einschließlich Kommunalabgabenrecht,
- sonstiges besonderes Verwaltungsrecht (soweit nicht in anderen Referaten),
- Schengener Regelungen und ihre Fortentwicklung einschließlich der Koordinierung der Aufgaben des BMJV in diesem Bereich,
- Internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Rausch giftkriminalität (soweit nicht in anderen Referaten),
- Internationale Rechtsfragen und Zusammenarbeit auf den übrigen Gebieten des Referates, insbesondere im Rahmen der EU, des Europarates und anderer internationaler Organisationen

Ausländer- und Flüchtlingsrecht

- Ausländerrecht einschließlich des Rechts der Ausländer, die nach europäischem Recht Freizügigkeit genießen oder aufenthaltsberechtigt sind,
- Flüchtlingsrecht,
- Ausländerzentralregister,
- · Staatsangehörigkeitsrecht,
- Ausländer- und Flüchtlingsrecht im internationalen Rahmen und dem der EU, insbesondere Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik im Rahmen des V. Titels AEUV,
- Betreuung der EU-Ratsarbeitsgruppen in den Aufgabengebieten des Referats,
- Internationale Rechtsfragen und Zusammenarbeit auf den übrigen Gebieten des Referates, insbesondere im Rahmen der EU, des Europarates und anderer internationaler Organisationen

Arbeits- und Sozialrecht

- Arbeitsrecht.
- Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes,
- Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung,
- · Recht der Berufsbildung,
- Ausbildung der Fachangestellten in der Rechts- und Patentanwaltschaft sowie im Notarwesen, Ausbildung der Justizfachangestellten,
- · Seemannsrecht,
- Arbeitsschutzgesetz, Sozialvorschriften im Land-, See- und Luftverkehr,
- Sozialgesetzbuch I, X (allgemeiner Teil, Verfahrensrecht),
- Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende),
- Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung),
- Sozialgesetzbuch IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung),
- · Sozialgesetzbuch VI (Rentenversicherung),
- Sozialgesetzbuch VII (Unfallversicherung),
- Sozialgesetzbuch IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen),
- Sozialgesetzbuch XII (Sozialhilfe), Asylbewerberleistungsgesetz,
- Soziale Entschädigung (soweit nicht in anderen Referaten), insbesondere Bundesversorgungsgesetz,
- Wohngeldrecht,
- · Recht der Vermögensbildung,
- Mutterschutzrecht, Erziehungsgeld, Elterngeld,
- Jugendschutzrecht,
- · Heimrecht,
- Sonstige Rechtsfragen der Senioren- und Jugendpolitik (soweit nicht in anderen Referaten)

Rehabilitierung (DDR-Unrecht); Gesundheitsrecht; Kranken- und Pflegeversicherungsrecht

- Rehabilitierung (DDR-Unrecht):
 - strafrechtliche Rehabilitierung,
 - verwaltungsrechtliche Rehabilitierung,
 - berufliche Rehabilitierung,
- · Recht der Häftlingshilfe,
- Kriegsgefangenenentschädigungsrecht,
- Recht der Wiedergutmachung von NS-Unrecht (immaterielle Schäden),
- Recht der Entschädigungsrenten für Opfer des Faschismus,
- Recht der Vertriebenen, Flüchtlinge und Evakuierten,
- Gesundheitsrecht, insbesondere Recht der ärztlichen und nichtärztlichen Heilberufe sowie der Apotheker,
- · Apotheken- und Arzneimittelrecht,
- Krankenhausrecht,
- · Rauschmittelrecht,
- Recht der Medizinprodukte,
- Sozialgesetzbuch V (Krankenversicherung),
- Sozialgesetzbuch XI (Pflegeversicherung),
- Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen,
- (Jugend-)Sekten und Psychogruppen,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Verbraucherpolitik im Sozial- und Gesundheitswesen

- Verbraucherpolitische Angelegenheiten des Gesundheits marktes
- Verbraucherpolitische Angelegenheiten des Pflegemarktes,
- Verbraucherpolitische Angelegenheiten des Arzneimittelmarktes
- Verbraucheraufklärung im Gesundheits- und Pflegemarkt,
- Transparenz medizinischer Angebote,
- Verbraucherschutz von Patientinnen und Patienten (soweit nicht in Referat I B 6),
- Verbraucherschutz in der Sozialversicherung, insbesondere Rentenversicherung,
- · Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung,
- Maßnahmen zur Verbraucherinformation und sonstige Projektförderung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Entscheidungshilfe-Vorhaben und Verbraucherforschung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Umweltrecht; Baurecht; Recht der Kernenergie

Arbeitsgebiet

- Recht der Kernenergie,
- Baurecht,
- Bodenordnungsrecht,
- Raumordnungsrecht,
- Recht des Wohnungswesens (soweit nicht in Referat I B 6),
- Erschließungsbeitragsrecht,
- Recht der Wasserwirtschaft,
- Recht der Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Abfallbeseitigung,
- Koordinierung des Rechts der Umwelt, des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
- sonstiges Umweltrecht (soweit nicht in anderen Referaten)

Bonn / Berlin

Menschenrechte

- Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in den Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte,
- Internationale Menschenrechtsfragen (soweit nicht in anderen Arbeitseinheiten),
- Europarat:
 - Europäische Menschenrechtskonvention und Zusatzprotokolle,
 - Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte,
 - Lenkungsausschuss für Menschenrechte und die von ihm eingesetzten Expertenausschüsse,
 - Menschenrechtsangelegenheiten des Ministerkomitees,
 - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz einschließlich Stellungnahmen zu Berichten über Deutschland,
 - Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe und Zusatzprotokolle,
 - Europäische Sozialcharta,
- Vereinte Nationen:
 - Internationale Menschenrechtskonventionen und Zusatzprotokolle einschließlich der Staatenberichte und Beschwerden zu den Vertragsausschüssen,
 - Sonder- und Beschwerdeverfahren zum Menschenrechtsrat und zur UNESCO,
- Beziehungen zu Nicht-Regierungsorganisationen auf dem Gebiet der Menschenrechte,
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Verfassungsarchiv

Grundsatz- und Rechtsfragen der EU; Prozessrecht der EU

- Grundsatzfragen der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft,
- Institutionen und Verfahren in der EU,
- · Rechtsfragen der EU,
- Fortentwicklung der Verträge,
- Europarechtliche Mitprüfung nationaler Gesetze und Verordnungen,
- Unterstützung der BMJV-Abteilungen bei der europarechtlichen Mitprüfung von EU-Vorhaben anderer Ministerien,
- Europarechtliche Mitprüfung von EU-Vorhaben (soweit nicht in anderen Referaten),
- Ausschuss Europäische Union der Justizministerkonferenz
- · Verfahrensrecht und Zuständigkeiten des EuGH,
- Verfahren vor dem EuGH, soweit nicht Auslegung international-privatrechtlicher Übereinkommen,
- Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention,
- Rechtsfragen der Anwendung und Auslegung der Grundrechtecharta (einschließlich der Fortentwicklung der Verträge),
- EU-grundrechtliche Mitprüfung nationaler Gesetze und Verordnungen,
- Unterstützung der BMJV-Abteilungen bei der EU-grundrechtlichen Mitprüfung von EU-Vorhaben anderer Ministerien,
- EU-grundrechtliche Mitprüfung von EU-Vorhaben (soweit nicht in anderen Referaten),
- Europäische Grundrechteagentur,
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Erteilung der Vollstreckungsklausel nach AEUV, Euratom-Vertrag und EWR-Abkommen

<u>Völkerrecht; Recht der Internationalen Organisationen;</u> <u>Internationale Gerichtsbarkeit</u>

- · Allgemeines Völkerrecht,
- Recht des bewaffneten Konflikts einschließlich des Humanitären Völkerrechts und Fragen der Rot-Kreuz-Gesellschaften,
- Seevölkerrecht einschließlich VN-Seerechts-Übereinkommen, Aufgaben nach dem Liegenschaftsabkommen mit dem Internationalen Seegerichtshof,
- Internationale Fragen von Vorrechten und Immunitäten sowie des Konsularrechts,
- Europarat (soweit nicht in anderen Referaten),
- Vereinte Nationen und deren Sonderorganisationen (soweit nicht in anderen Referaten),
- Mannheimer Rheinschifffahrtsakte, Zentralkommission für die Rheinschifffahrt,
- Koordinierung der Aufgaben des BMJV im Bereich Internationaler Organisationen, insbesondere
 - bei den G8-Gipfeln und den G8-Ministerkonferenzen Justiz / Innen,
 - bei den G20-Gipfeln und
 - bei der OSZE.
- Internationale Gerichtsbarkeit, insbesondere Internationaler Gerichtshof, Internationaler Seegerichtshof und Statusfragen internationaler Strafgerichtshöfe,
- Fachangelegenheiten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS),
- Mitwirkung beim Abschluss völkerrechtlicher Verträge in den Rechtsgebieten des Referats (soweit nicht in Referat EU-KOR), im Übrigen Referat IV C 4,
- Fragen der weltweiten Ächtung der Todesstrafe (soweit nicht in anderen Referaten)

Recht der völkerrechtlichen Verträge

- Recht der völkerrechtlichen Verträge,
- Mitwirkung beim Abschluss völkerrechtlicher Verträge (soweit nicht in den Referaten IV C 3 oder EU-KOR),
- Mitprüfung von Vertragsgesetzen und vertragsbezogenen Verordnungen,
- Richtlinien für Vertragsgesetze und vertragsbezogene Verordnungen,
- Rechtsfragen der militärischen Zusammenarbeit,
- Rechtsfragen der Entwicklungshilfe,
- Besatzungsrecht,
- Rechtsfragen der Friedensregelung,
- Deutsches Auslandsvermögen,
- Londoner Schuldenabkommen

Abteilung V

Verbraucherpolitik; Digitale Gesellschaft; Verbraucherrechtsdurchsetzung

<u>Leitung:</u>	
Vertretung:	jeweils die Unterabteilungsleitung für ihren Zuständigkeitsbereich
Vorzimmer:	
	Unterphaliung V A
Referate:	Unterabteilung V A V A 1, V A 2, V A 3, V A 4, V A 5, GSt SVR-V Projektgruppe "Rechtsdurchsetzung"
<u>Leitung:</u>	
Vorzimmer:	
	Unterphtailung V P
	Unterabteilung V B
Referate:	V B 1, V B 2, V B 3, V B 4, V B 5, V B 6
Leitung:	
Vorzimmer:	

"Rechtsdurchsetzung"

<u>Projektgruppe</u> "Rechtsdurchsetzung im wirtschaftlichen Verbraucherschutz"

Arbeitsgebiet

Analyse der bestehenden zivil-, straf- und verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes

<u>Strategie und Grundsatzfragen der Verbraucherpolitik;</u> <u>Internationale Verbraucherangelegenheiten</u>

- Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Verbraucherpolitik,
- Strategische und konzeptionelle Angelegenheiten der Verbraucherpolitik,
- Allgemeine und grundsätzliche verbraucherpolitische Angelegenheiten auf EU- und internationaler Ebene,
- Internationale Kooperationsprojekte in der Verbraucherpolitik,
- Verbraucherpolitischer Bericht der Bundesregierung,
- Koordinierende Aufgaben für das BMJV bei der Verbraucherschutzministerkonferenz und deren Gremien,
- Europäische und internationale Gremienarbeit, u. a. EU-Consumer Protections Network, OECD-Committee on Consumer Policy,
- Förderung der bilateralen technischen Zusammenarbeit mit dem Ausland im Rahmen der Zuweisung bei Kap. 07 01 Tit. 687 01,
- Fachaufsicht über das BVA im Rahmen der Zuständigkeit des Referats (soweit nicht zuwendungsrechtliche Angelegenheiten betroffen, insoweit Sonderauftrag "Koordinierung und Fachaufsicht bei Zuwendungen im Bereich Verbraucherschutz")

Verbraucherrechtsdurchsetzung

- EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz,
- Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden,
- Zuständige Behörde nach der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004,
- Zentrale Verbindungs- und Kontaktstelle für die europäische Zusammenarbeit im Verbraucherschutz,
- Mitarbeit im Consumer Protection Cooperation (CPC)-Netzwerk,
- Aufgaben nach Artikel 21 der EU-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG im Bereich Verbraucherschutz (Portal 21),
- Mitarbeit im International Consumer Protection and Enforcement Network (ICPEN),
- Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheit der (kollektiven) Verbraucherrechtsdurchsetzung, insbesondere institutionelle Fragen,
- Consumer Markets Scoreboards (kollektive Verbraucherrechtsdurchsetzung)

Verbraucherforschung; Verbraucherbildung

- Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Verbraucherforschung,
- Strategische und konzeptionelle Angelegenheiten der Verbraucherforschung,
- Angelegenheiten der europäischen und internationalen Verbraucherforschung,
- Forschungskooperationen,
- BMJV-Programm zur Innovationsförderung im Verbraucherschutz in Recht und Wirtschaft
 - Fachliche Federführung der inhaltlichen Ausgestaltung
 - Koordination sog. Calls (Aufforderungen zur Einreichung von Forschungsaufträgen),
- Maßnahmen und Vorhaben zur Verbraucherbildung und Verbraucherforschung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats.
- Geschäftsstelle des Netzwerks Verbraucherforschung,
- Sachverständigenrat für Verbraucherfragen,
- Grundsätzliche verbraucherpolitische Angelegenheiten in der Verbraucherbildung,
- Bündnis für Verbraucherbildung,
- Fachaufsicht über die BLE im Rahmen der Zuständigkeit des Referats für das Innovationsprogramm des BMJV (soweit nicht zuwendungsrechtliche Angelegenheiten betroffen, insoweit Sonderauftrag "Koordinierung und Fachaufsicht bei Zuwendungen im Bereich Verbraucherschutz"

Nachhaltigkeit; Verbraucherpolitik in der Bürgergesellschaft

- Grundsatzfragen der Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung,
- Verbraucherpolitik bei Nachhaltigkeit und Energieeffizienz,
- Verbraucherpolitik bei Corporate Social Responsibility (CSR),
 Verbraucherpolitik in der Bürgergesellschaft,
- Bürgerschaftliches Engagement,
- Demografie, Demografiepolitik der Bundesregierung,
- Open Government Partnership (OGP),
- Justizkalendarium

<u>Verbraucherorganisationen; Koordination der Projektförderung;</u> Forschungsbeauftragter

- Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Verbraucherorganisationen, insbesondere
 - Stiftung Warentest,
 - Verbraucherzentrale Bundesverband,
 - Europäisches Verbraucherzentrum Deutschland (Verbraucherinformation),
 - DIN Verbraucherrat,
 - Deutsche Stiftung Verbraucherschutz,
 - Verbindungsstelle elektronischer Geschäftsverkehr (eCommerce-Verbindungsstelle) beim Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. (Kap. 07 12 Tit. 532 03),
- Förderung der Verbraucherorganisationen und Titelplanung bei Kap. 07 01 Tit. 684 01, 684 02, 684 04 und 685 01,
- Allgemeine Angelegenheiten der Finanzierung von Maßnahmen der Verbraucherpolitik auf Gemeinschaftsebene einschließlich Angelegenheiten des Netzwerkes Europäischer Verbraucherzentren (ECC-Net),
- Beihilferechtliche Fragen der Förderung von Verbraucherorganisationen und Maßnahmen der Verbraucherinformationen,
- Koordination der Projektförderungen und Titelplanung bei Kap. 07 01 Tit. 684 03,
- Koordination der Aufträge und Projektförderungen sowie Titelplanung bei Kap. 07 01 Tit. 544 01,
- Koordination der Projektförderungen und Titelplanung bei Kap. 07 01 Tit. 686 01,
- Projektförderung bei Kap. 07 01 Tit. 684 03 der Projekte
 - Wirtschaftlicher Verbraucherschutz der Verbraucherzentralen,
 - DIN-Verbraucherrat,
 - Europäisches Verbraucherzentrum (EVZ) Deutschland,
- Projektförderungen und Aufträge sowie Titelplanung bei Kap. 07 10 Tit. 685 01 und Kap. 07 12 Tit. 544 01,
- Fachaufsicht über BfJ, BLE und BVA im Rahmen der federführenden Zuständigkeit des Referats (soweit nicht zuwendungsrechtliche Angelegenheiten von Kap. 07 01 betroffen sind, insoweit Sonderauftrag "Koordinierung und Fachaufsicht bei Zuwendungen im Bereich Verbraucherschutz"),
- Forschungsbeauftragter,
 - Strategie und Konzeption rechtswissenschaftlicher Forschung,
 - Begleitung Forschungsprogramme der Bundesregierung,
 - Begleitung der europäischen Forschungsrahmenprogramme

Geschäftsstelle des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen

Arbeitsgebiet

Unterstützung des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen, insbesondere bei

- der Koordinierung allgemeiner Angelegenheiten,
- der wissenschaftlichen Erarbeitung von Strategien und Konzepten in Verbraucherangelegenheiten,
- der Forschungstätigkeit und wissenschaftlichen Arbeit in Verbraucherfragen,
- der Ausarbeitung und dem Abfassen schriftlicher Arbeitsergebnisse (Expertisen; Gutachten und Stellungnahmen),
- der Öffentlichkeitsarbeit,
- der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen,
- der Vorbereitung interner und externer Veranstaltungen,
- allgemeinen Organisations- und Verwaltungsaufgaben.

Digitale Strategie; Grundsatzfragen der Informationsgesellschaft

Arbeitsgebiet

Digitalisierung, insbesondere

- Grundsatzfragen,
- Vernetzung der Referate im BMJV mit Bezug zur Digitalisierung,
- BMJV-Strategie nach innen und außen, einschließlich Strategie für digitalen Verbraucherschutz und inhaltliche Koordinierung der EU-Strategie für einen Digitalen Binnenmarkt,

ausgenommen sind Fachthemen in anderen Referaten

<u>Verbraucherpolitik in der Informationsgesellschaft;</u> <u>Telekommunikations- und Medienrecht</u>

- Verbraucherpolitik im Telekommunikationsbereich,
- · Verbraucherpolitik bei Postdienstleistungen,
- Verbraucherpolitik im Bereich des Rundfunks und der Presse,
- Angelegenheiten des Marktwächters "Digitale Welt",
- Digitale Agenda / IT-Gipfel,
- Verbraucherbildung und Kompetenzgewinnung zum Umgang mit Telekommunikation und Internet,
- Maßnahmen zur Verbraucherinformation und sonstige Projektförderung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Entscheidungshilfe-Vorhaben und Verbraucherforschung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Recht der Telekommunikation, Recht der Informationstechnik, einschließlich Recht der IT-Sicherheit (soweit nicht in anderen Referaten),
- Telemedienrecht einschließlich technologischer Fragen des e-commerce,
- Recht der Informationssicherheit einschließlich Verschlüsselung,
- · Recht der Medien,
- Task Force Hate Speech; Fake News,
- · Presserecht,
- Internationale und europäische Rechtsfragen auf diesen Gebieten.
- Fachaufsicht über das BfJ im Rahmen der Zuständigkeit des Referats

Digitale Kundenbeziehungen; Datensouveränität

- Verbraucherpolitik im Datenschutzrecht allgemein (insbesondere Fragen im Zusammenhang mit BDSG/Nachfolgeregelungen und EU-Datenschutz-Grundverordnung),
- · Stiftung Datenschutz,
- Verbraucherpolitische Angelegenheiten des E-Commerce und des mobilen Handels (M-Commerce),
- Verbraucherpolitik bei digitalen Vermittlungsdienstleistungen,
- Verbraucherpolitik bei digitalen und Online-Portalen, z.B. Vergleichs- und Bewertungsportale,
- Verbraucherbildung und Verbraucherkompetenz für die Nutzung elektronischer Medien,
- Maßnahmen zur Verbraucherinformation und sonstige Projektförderung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Entscheidungshilfe-Vorhaben und Verbraucherforschung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats (insbesondere Verbraucherdatenschutz durch Technik)

Verkehrsrecht; Verbraucherpolitik im Bereich Verkehr; Land- und Forstwirtschaftsrecht

- Öffentliches Eisenbahnrecht,
- · Straßenverkehrs- und Straßenbaurecht,
- Güterkraftverkehrsrecht,
- Öffentliches Personenbeförderungsrecht,
- Öffentliches Recht der See- und Binnenschifffahrt,
- Öffentliches Wasserstraßenrecht,
- Verbraucherpolitik bei der Versorgung mit Treib- und Kraftstoffen, insbesondere
 - Kraftstoffpreise und -qualitäten,
 - Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung,
 - Infrastruktur für alternative Kraftstoffe,
- Verbraucherpolitik bei Dienstleistungen des Verkehrs, insbesondere
 - Verbraucherinteressen und -rechte im öffentlichen Personenverkehr (Bahn, Bus, Flugzeug, Schiff) einschließlich Schlichtung,
 - Rechte von Fahrgästen mit eingeschränkter Mobilität,
 - Verbraucherrechte und -datenschutz bei vernetzten Mobilitätsangeboten,
- Federführende Koordinierung Abgasmanipulationen bei KFZ,
- · Öffentliches Landwirtschaftsrecht,
- Öffentliches Forstwirtschaftsrecht,
- Öffentliches Jagdrecht,
- Öffentliches Fischereirecht (soweit Bundesrecht),
- Organisations-, Marktordnungs-, Preis- und Bewirtschaftungsrecht auf diesen Rechtsgebieten,
- Recht der landwirtschaftlichen Erzeugung,
- Veterinärrecht,
- Recht der Veterinärmedizin,
- Recht der Berufsordnung der Tierärzte,
- Recht der sonstigen veterinärmedizinischen Berufe,
- Tierarzneimittelrecht,
- · Berufsordnungsrecht im Bereich der Landwirtschaft,
- Flurbereinigungsgesetz, Grundstücksverkehrsgesetz, Landpachtverkehrsgesetz

- Verbraucherinformationsgesetz (federführend im Bereich des rechtlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes, im Übrigen mitprüfend),
- Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Verbraucherinformation,
- Strategie und Konzeption der Verbraucherinformation,
- Qualität von Verbraucherinformation,
 - insbesondere Verständlichkeit und Vergleichbarkeit von Anbieterinformationen und Informationszugang,
 - Qualitätssiegel als Instrumente der Verbraucherinformation,
- Recht der Ernährungswirtschaft, Ernährungssicherstellung, Ernährungsvorsorge,
- Öffentliches Lebensmittelrecht,
- Bedarfsgegenstände, Tabak,
- "Grüne" Gentechnik einschließlich des Gentechnikgesetzes,
- Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), sonstiges Recht der technischen Sicherheit (soweit nicht in anderen Referaten),
- Übergreifende Strategie und Koordination der Politik im gesundheitlichen Verbraucherschutz

Besondere Verbrauchergruppen

- Verbraucherpolitik für Kinder und Jugendliche,
- Verbraucherpolitik für Familien,
- Verbraucherpolitik f
 ür Ältere,
- Verbraucherpolitik für Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen,
- Verbraucherpolitik für Menschen in besonderen sozialen Lebenslagen,
- Verbraucherpolitik für Menschen mit Migrationshintergrund,
- Verbraucherbildung und Verbraucherkompetenz im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Maßnahmen zur Verbraucherinformation und sonstige Projektförderung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats,
- Entscheidungshilfe-Vorhaben und Verbraucherforschung im Rahmen der Zuständigkeit des Referats